

Ercheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Konnoement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Vertheilungs-Preisliste für 1895 unter Nr. 7124.

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeitspaltel oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Sonntagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verleger: J. J. J. 1895. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Mittwoch, den 25. September 1895.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Unser Protest gegen den Sedanlärm

erhält heute eine glänzende Rechtfertigung von einer Seite, wo umfängerische und waterlandslose Gedanken und Bestrebungen sicherlich, wenigstens unserer Staatslenker nicht gesucht werden, nämlich in der „Kreuz-Zeitung“. Das Zentralorgan der „Edelsten der Nation“ beginnt seinen Leitartikel über die ähner Politik der Woche wie folgt:

Der bekannte französische Historiker Ernest Lavisse schließt seinen gedankenreichen Abriss der politischen Geschichte Europa's mit der folgenden Betrachtung: „Zu Ende des vorigen Jahrhunderts unterschieden wir in Europa drei Regionen: Zentrum und Ostland, England, Russland, und wir haben gesehen, wie die endlosen Kriege innerhalb der ersten Region den beiden andern zum Glück gereichten. Im Lauf der gegenwärtigen Geschichtsperiode hat England sein Kolonialgebiet wesentlich erweitert, und jeder Tag bringt neues Wachstum. . . . Auch Russland wächst und wird stärker. Jedes Jahr zeigt es in neuem Fortschreiten: Die Felder geben reichere Frucht, der Weinstock mehr Trauben; und fruchtbar wie das Land ist der Mensch. Die Industrien bürgern sich ein und gedeihen; der Kredit des Staates festigt sich, und das alles geschieht regelmäßig, ohne Lärm, mit der Ruhe, die den Naturkräften eigen. Nun giebt es keine Zwietracht des Kontinents, die nicht England und Russland zu gute käme. Der Konflikt zwischen Frankreich und Deutschland und die Missverständnisse zwischen Frankreich und Italien sichern den Engländern ihre Herrschaft. Die Frage des Elsaß ist Russland soviel werth, wie eine Verdoppelung seiner Armee. Es sollte doch für Deutschland mindestens ein Gegenstand der Ueberlegung sein, wenn es seinen Nachbarn im Osten immer weiter anwachsen sieht. Wenn es noch eine Philosophie der Politik in Deutschland giebt, lände sie im „Werdeprozeß“ Russlands einen schönen Stoff: das Phänomen einer so großen Nation, in welcher Reichthum und moderne Kräfte wachsen, während die Richtung des Geistes dieselbe ist, die einst das Abendland zur Zeit der Kreuzzüge beherrschte. Das verdiente doch studirt zu werden.

Es verdient vielleicht dasselbe Problem, zumal nach seiner englischen Seite hin, von den Franzosen studirt zu werden. In den vier Jahren, welche hingegangen sind, seit Lavisse jene Betrachtungen niederschrieb, hat sich das Problem nicht abgestumpft, sondern vielmehr zugespitzt. Die alliance oder entente Franco-Russe ist zu einer politischen Tatsache geworden, welche, wie sie in Demonstrationen und öffentlichen Versicherungen ihren Lärmenden und wie ein „Hört, hört!“ in die Welt hinausflingenden Ausdruck findet, über Nacht einmal zu einer anderen Tatsache führen kann, zu jenem allgemeinen Kriege, dessen Kommen alle Spahen vom Dach preisen und der uns wie durch ein Wunder Gottes bisher erspart geblieben ist. Während unsere Armeen bis an die Bahne gerückt nach allen Seiten hin springbereit stehen, ob Tags oder Nachts das Wort ihnen zugeht, welches sie in Bewegung setzt, gewöhnen sich die Völker an den Zustand jenes bewaffneten Friedens, als sollte er immer währen. . . . Heute ist das System des gegenseitigen sich Ueberbietens und die Anerkennung der scheinbaren Harmlosigkeit militärischer Maßnahmen auf die Spitze getrieben; aber eben deshalb ist die Welt

auch Blödsinnigkeiten ausgelegt. Und damit mühten wir somit mehr rechnen als je. Wir haben schon längst hervor, daß und die Gefahr der Lage darauf zu beruhen scheint, daß in Petersburg die Jügel in schwächeren Händen liegen und daß damit die Wahrscheinlichkeit steigt, daß die Entscheidung über Krieg und Frieden nicht wie bisher in Petersburg, sondern in Paris liegt. Trägt auch das Zusammentreffen von Dragomirov und Sausnier, Lobanow und Hanotaur keinen mehr demonstrativen Charakter als jene französische russische Flottendemonstration vor dem Kieler Fest — beides nicht ohne einen Beigeschmack des Komischen, wie er nun einmal allen Ueberschwänglichkeiten anhaftet —, so ist doch kaum daran zu zweifeln, daß niemand die Russen zurückhalten wird, wenn ihnen Paris einmal das Signal zum Vorrücken gegeben hat. . . .

So die „Kreuz-Zeitung“. Bis auf unwesentliches können wir den Artikel Wort für Wort unterschreiben. Kein Zweifel, die Machtverhältnisse haben sich in den letzten 25 Jahren ganz außerordentlich zu gunsten Russlands verschoben. Kein Zweifel, daß die Frage von Elsaß-Lothringen für Russland soviel werth ist, „wie eine Verdoppelung seiner Armee.“ Aber wer hatte denn das von jeher behauptet? War es nicht die Sozialdemokratie? Das Braunschweiger Manifest, der Brief von Karl Marx und unsere Reichstagsreden über die Folgen der Annexion von Elsaß-Lothringen aus dem Jahre 1870 sind geschichtliche Dokumente, aus denen hervorgeht, daß unsere Partei von Anfang an die Dinge richtig aufgefaßt hat.

Es ist anzuerkennen, daß die „Kreuz-Zeitung“ den Muth gefunden hat, zu erklären, daß die Auffassung der Sozialdemokratie gegenüber der Annexion von Elsaß-Lothringen die richtige war. Es ist anzuerkennen, daß die „Kreuz-Zeitung“ den Muth hat, den Kopf aus dem Sande herauszuheben und mit der konventionellen Lüge zu brechen, es gebe keine elsäß-lothringische Frage.

Uns hat man es als eine Art von Vaterlandsverrath ausgelegt, daß wir von einer elsäß-lothringischen Frage sprechen. Die „Kreuz-Zeitung“ tritt auf unsere Seite und spricht nicht nur aus, daß es eine elsäß-lothringische Frage giebt, sondern sie sagt auch, daß diese Frage jetzt die Politik beherrscht und daß die Gefahren, welche dem Weltfrieden drohen, aus dieser Frage hervorkommen.

Und wenn unsere Auffassung in der elsäß-lothringischen Frage richtig war und ist, dann ist auch unsere Haltung gegenüber der Annexionsfrage und der Sedanfeier, die thatsächlich nur eine Feier der Annexionspolitik ist, ebenfalls richtig und unanfechtbar.

Wer so über die Annexion denkt, wie die „Kreuz-Zeitung“, kann den Sedanfest nicht feiern — oder er macht sich einer schmachvollen Heuchelei schuldig.

Sehr naiv ist es, wenn die „Kreuz-Zeitung“ vor allem den Franzosen empfiehlt, das „Problem“ der russischen Präponderanz — wenn auch „zumal nach der

englischen Seite“ — zu studieren. Uns Deutsche geht die Sache viel mehr an. Von England hat Frankreich nichts zu fürchten. In Russland hat es vor der Hand einen guten Freund. Direkt bedroht aber ist Deutschland.

Und wir sollten ein Nationalfest zu Ehren einer Politik begehen, die diese Gefahr heraufbeschworen hat? So schlechte Patrioten sind wir nicht.

Die Trade-Unions und die Reaktion.

London, 22. September.

Der Wahlsieg der konservativen oder unionistischen Partei hat auch den reaktionären Bestrebungen gegen die Trade-Unions wieder einen neuen Aufstoß gegeben.

So haben Vorkommnisse der neuesten Zeit die Gewerkschaften der Londoner Bauarbeiter genöthigt, Stellung zu nehmen zur Frage der Arbeit an der Seite von organisirten Antigerwerkschaftlern. Wie in der Ahderei, so spielt auch in den Baugewerben die sogenannte „Free Labour Association“ die Rolle einer Pieserantler von Streikbrechern. Dieses von Kapitalisten aller Art unterstützte Institut, das im nächsten Monat in Newcastle einen Kongreß abhalten will, der angeblich 120 000 Arbeiter vertreten soll, hat sich die Bekämpfung der „Tyrannie der Gewerkschaften“ zur Aufgabe gestellt und in der That schon wiederholt gewerkschaftliche Aktionen durchkreuzt. Neben einem Mitglied dieser „Assoziation für freie Arbeit“ zu arbeiten, heißt also nicht etwa, neben einem Arbeiter zu stehen, der sich von der Gewerkschaft fernhält, weil er nicht oder noch nicht von ihrem Nutzen überzeugt ist, sondern neben einem Feind und vorausichtlichen Verräther. Kein Wunder, daß die Gewerkschaften sich weigern, solche auf Bantzen oder Banplätzen, die sie besetzt haben, neben sich zu dulden. Eine andere Frage aber ist, ob die Maurer noch die Kraft dazu haben, den Kampf durchzuführen. Vor einigen Tagen hat eine große Firma in London, die bisher Gewerkschaftsleute beschäftigte, ein Mitglied der „Free Labour Association“ eingestellt, worauf sämtliche der Gewerkschaft angehörenden Maurer die Arbeit einstellten. Die Föderation der Londoner Bauhandwerker hat diese Aktion gutgeheißen und den Bauplatz von Pickets bewachen lassen. Die Firma da-

*) Wir wollen bei dieser Gelegenheit erwähnen, daß für „Free Labour Association“ die sinnigste Uebersetzung: „Bund für freie Arbeit“ sein würde. Die Gründer jenes Streikbrecherbundes suchen auf dem manchesterlichen Axiom, daß die gewerkschaftliche Organisation die „Arbeit unfrei“ mache, und daß von einem freien Arbeitsvertrage nur dann die Rede sein könne, wenn der einzelne Arbeiter frei und ungehindert mit dem liebevollen Unternehmer sich über denselben gemüthlich verständigt. Diesen idealen Zustand herbeizuführen, gründeten sie den „Bund für freie Arbeit“.

Skizzen

[Nachdruck verboten.]

aus dem Südamerikanischen Hinterlande.

48

Der Alte schaute eine lange Zeit nach dem Chaco hinüber.

„Unsere Heimath,“ sagte er dann mit einem finstern und rauhen Ausdruck. „Unsere schöne Heimath. . . Wie glücklich lebten wir dort, ehe die Spanier kamen, wie zufrieden in jenen weiten Tristen. . . Zivilisation nannte man es und Kultur, was sie uns brachten, die Fremden. . . Lüge und Trug nenne ich es. . . Dort liegt Ihr Wald. . . ich rechne ihn von heute als Ihren Besitz. . . dort steht der Arroyo Tacuaras, den Sie dort sehen. . . die Einbüchtung. . . Sie sehen dort jene gebrochene und sich schlängelnde Linie, wo die Baumrippel niedriger erscheinen als die ihrer Umgebung. . . Eine bequeme Straße, wenn Sie etwas wegführen haben aus der Kolonie. . . Es kostet nur noch etwas Geld und Mühe, um das Bett zu reguliren. . . Finden Sie nicht auch, Don German, daß uns alles das gehören mühte, was Sie dort sehen, soweit Ihr Auge reicht in der Wunde und weiter bis ans Meer. . . Gesehen habe ich es nie, aber man hat mir erzählt, daß bis dorthin die Indianer gewohnt haben. . . uns gehören. . . uns, den Ureinwohnern. . . alles das. . . wo unsere Väter einst über die Steppe rasten, um den flüchtigen Strauß zu fangen, und wo sie in den Wäldern hinter dem Dirsch her waren und dem großen Thier, dem Tapir. . . Wie ein gehegtes Rebhuhn werden wir gejagt und flattern von Ort zu Ort, bis uns endlich der Hund packt und uns den Garaus macht. . . Von hier kamen sie ins Land, und er hob seine Faust nach dem Paraguay-Flusse, die Abenteuerer, die weißen Gesichter, um uns zu vergiften mit ihren Krankheiten und Lügen, mit ihren Meiden und Göttern, die wir nie ge-

kannt hatten und nie zu kennen brauchten. . . die ganze rechte Seite haben sie schon und strömen immer mehr hinzu, wie die Heuschrecken. . . einer ruft den anderen. . . und fressen sich voll an unserem Blut. . . jetzt nehmen sie auch den Chaco. . . sie haben ihn ja schon vertheilt unter sich und verhandeln die Erde unserer Heimath, ohne sie gesehen zu haben. . . die letzte Reststück unserer Stämme. . . hei, wie man die braunen Brüder jagen wird mit Flinten, um sie zu erschießen, und mit Rum, um sie zu vergiften. . . wie man die braunen Schwestern und Töchter stehlen wird. . . ich bin ein Feind der weißen Gesichter, wenn ich auch nur ohnmächtig meine Hand ballen kann. . .

„Und die englische Flagge hier, die über Ihrem Kopfe flattert. . .“ sagte Winterfeld, dem die Lage, in der er sich befand, peinlich vorkam. Des Richters Miene zeigte keine Erregung, obwohl er sehr aufgeregt war, was eigenthümlich und schrecklich erschien.

„Ich wollte, alle Fremden wären so wie der Dr. Wilson. . . lassen Sie uns heruntersteigen. . . ich wollte Ihnen ja nur Ihr Besitzthum zeigen. . .“

Sie stiegen hinunter. Eine Einladung des Richters, mit ihm zu essen, schlug er aus. Wenn er zeitig zu Hause sein wollte, war es Zeit, sich auf den Weg zu machen, darum verabschiedete er sich und fragte nach seinem Pferde. Auch Frau Wilson ließ er sich empfehlen. Er schritt durch den Garten nach der Thür des Grasparkes zu, wo der Gaucho mit dem Pferde hielt. Der Alte hatte ihn nur bis zur Thüre des Hauses begleitet und war dort stehen geblieben, um zu sehen, wie er aufstieg.

„Haben Sie gute Geschäfte gemacht, Patron?“ fragte der Gaucho, ihm den Bügel haltend. . .

„Danke, Bonifacio, ich habe den Wald gekauft von Cerro Desgracias. . .“

„Immer Geschäfte. . . kaufen und verkaufen. . . gekauft und verkauft werden. . . man wird wirklich alt, Patron. . . die neue Zeit will mir nicht gefallen, es ist

Zeit, daß man sich schlafen legt. . . es war doch noch besser, als ich mit Ihnen durch den weiten Kamp ritt in Chaco. . . nehmen Sie es nicht übel, was ich schwache. . . Sie sind unterdessen ein reicher vornehmer Herr geworden, wie ich höre. . . wollte aber mit Ihrem Leben nicht tauschen, was Sie mir auch bieten möchten. . . Gaucho bleibt Gaucho. . . Sie waren damals auf dem besten Wege. . . wären beinahe einer mit geworden. . . Entschuldigen Sie was ich sage. . . Leben Sie wohl. . .“

German Winterfeld blickte noch einmal nach dem Hause zurück; der Richter stand noch in der Thür. Hinter dem einen Fenstergitter, wo die Jalousien aufgezogen waren, schied sich ein menschlicher Kopf zu bewegen, der sofort verschwand mit dem ganzen Haus, als der Gaul die Schenkel des Reiters an seinen Weichen spürte. Mit einem guten Theil leichteren Herzens, als er gekommen war, ritt er den Heimweg. Er dachte daran auf dem ganzen Ritt, wie er geschäftlich das große Depot in englischen Pfunden, das der Arroyo Tacuaras in seinem Schooße wie in einem großen und festen Geldschrank verwahrte, verwerthen könne, bis ihm die goldnen Münzen von heut über ein Jahr in Wahrheit durch die Finger laufen würden. Dem lumpigsten Kaufmann konnte es nicht unklar sein, wie man das zu machen habe, um wie viel weniger einem Herrn, dessen Namen bei der Geldwelt zu Buenos Aires den ersten Rang einnahm und dessen Wechsel man annahm, ohne recht hinzusehen, was darauf geschrieben stand.

Die Nacht kam über seinen Ritt, ehe er es recht merkte. Seine Gedanken gingen von hier nach dort, spannen unermessliche Fäden über seine Vergangenheit und Zukunft und er lief immer hastiger und eifriger auf ihnen umher, wie eine Spinne, die ihr Netz baut. Der Gaucho hatte ihn an den Chaco erinnert, an die Zeit, wo er als armer Feldmesser unter den halbwildem Menschen sein Leben verdienen mußte, von der Laune irgend eines pfeccigen Engländers abhängig, der mit der Arbeit, die er

gegen behauptet, schon voll auf Erfah für die Ausständigen zur Hand zu haben — natürlich mit Hilfe der „Free Labour Association“. Wie viel daran richtig, bleibt abzuwarten, jedenfalls ist die Krisis ernsthaft und kann leicht die Gestalt der Frage des Sein oder Nichtsein für die Bauarbeitervereine annehmen.

Bezeichnend ist, daß auf dem erwähnten Kongress der „Free Labour Association“ u. a. Resolutionen beschlossen werden sollen, die die Arbeiter von Großbritannien dazu beglückwünschen, daß sie eine feste Regierung gewählt haben“, und den Premierminister auffordern, seinen Ansichten über die Arbeiterfrage Gesetzesform zu geben, um so die Interessen der Arbeiter zu schützen, die sich nicht dazu zwingen lassen wollen, sich den tyrannischen und sozialistischen Gewerkschaften anzuschließen.“ Ferner soll der Kongress von Cardiff u. a. dafür „verurtheilt“ werden, weil er die Regierung dazu drängen wolle, die (von der liberalen Regierung vorgelegte) Gastpflichtgesetz-Vorlage mit dem Verbot der Nebenkontrakte wieder einzubringen,“ und dem Earl of Dudley dafür „der herzlichste Dank“ ausgesprochen werden, weil derselbe diese Gastpflichtvorlage zu Fall gebracht. Mehr kann man von „freien Arbeitern“ wirklich nicht verlangen.

Aber was früher nur lächerlich gewesen wäre, ist doch, wie das obige Beispiel zeigt, nicht ganz ohne ernsthafte Bedeutung. Daß sich eine nennenswerthe Zahl von Arbeitern ohne Scheu zu solchem Werk hergeben kann, zeigt, wie viel noch auf dem Gebiet der Organisation zu thun ist und daß Gewerkschaftler und Sozialisten besseres zu thun haben, als sich im mörderischen Bruderzwist gegenseitig zu beschden.

Weil ich gerade den Earl of Dudley erwähnte, so sei hinzugefügt, daß dieser, einer der reichsten Kohlengruben-Besitzer in England, im jetzigen Ministerium dieselbe Stelle erhalten hat, die im letzten liberalen Ministerium Th. Burt, einer der anerkannten Vertreter der Bergarbeiter, bekleidete. Das illustriert die Stellung der Regierung den Gewerkschaften gegenüber. Und nicht minder bezeichnend ist, daß vor wenigen Tagen Herr Arthur Balfour einem weitland radikalen und jetzt konservativen gewordenen Geistlichen 200 Pfund Sterling aus der Staatskasse hat spenden lassen — aus einem Fonds für verdiente Schriftsteller zc. — für seine „werthvollen Schriften zur Unterstützung der Prinzipien der Regierung und zur Bekämpfung des Sozialismus.“ Hier einige Stellen aus den so belohnten Schriften des Reverend G. Brooks:

Die meisten der großen Streiks der letzten Jahre, der Dickerstreik, die verschiedenen Kohlenarbeiterstreiks, die Eisenbahnarbeiterstreiks zc. sind alle schamlose, unverschämte Versuche gewesen, Arbeitsherrn zu Handlungen zu treiben — nicht die ihre Pflicht waren, sondern von denen ein paar Gewerkschaftskommandirer meinten, daß sie deren Pflicht seien. — Kein treuer Freund der Freiheit kann dem Trade-Unionismus Unterstützung leisten. . . die Macht des Trade-Unionismus ist nichts sehr Furchtbares; sicherlich nichts, wovor Angst zu empfinden, trotz seiner Ausschneidereien, Prahlereien und Drohungen; und selbst den Mantel nach dem Winde hängende Politiker würden gut daran thun, zu bedenken, daß auf einen Wähler, der in einer Trade-Union ist, wenigstens sieben kommen, die draußen sind. . . Eines ist sicher, daß keine zivilisierte und fortschreitende Nation eine so antisoziale, zerstörerische Kraft, als die sich der Trade-Unionismus jetzt erweist, hegen und pflügen oder auch nur dulden kann oder wird.

„Geehrte Herren Arbeiter“, bemerkt dazu das „Clarion“, dem ich den Auszug entnehme, das sind die Ansichten, welche die Regierer, die ihr gewählt, zur besonderen Anerkennung, ausermählt haben. Die Trade-Unions, diese „graufamen Organisationen“, wie Lord Salisbury sie genannt hat, „müssen unterdrückt werden“, erklärt Herr Balfour's Schützling rund heraus. Worauf Herr Balfour ihm 200 Pfund zum Besent macht.

Das „Clarion“ ist ein Organ der „Independent Labour Party“, nicht etwa ein liberales oder radikales Blatt. Die radikale Parteipresse mißt selbstverständlich diese, in der That sehr starke Verfügung des Herrn Balfour nach Kräften aus. Herr Balfour muß sich sehr sicher im Sattel fühlen, wenn er ohne Umschweife

leistete, ihn ganz gekauft zu haben meinte; heute nach einer langen Reihe von Jahren, allerdings von Aufregung, von Hast und auch von dunkeln Geschäften und ihren Praktiken konnte er sein Haupt erheben als unabhängiger Mensch, keines Menschen Diener, vieler Herr und allgemein beneidet. Er wird jetzt anfangen, seine Geschäfte abzuwickeln. . . Der Schatz des Lopez war das letzte Unternehmen, er wird sich mit dem schönen jungen Mädchen verheirathen, das er seine Braut nennt, und wird eines Tages mit ihr erscheinen bei seiner alten Mutter in Deutschland mit ihrer zusammengekrümmten Gestalt und ihren schneeweißen Haaren, an die zu schreiben er seit einem Jahrzehnt weder Zeit noch Ruhe fand. Ein Kuß und eine Umarmung einer alten treuen Mutter ist heiliger wie der Kelch in der Kirche, und sieht alles wie ein heiliges Sakrament, auch das, was German Wintersfeld in diesen Jahren in Amerika begangen hatte.

Vorwärts, Gaul. . . Du trägst einen, der in Amerika sein Glück gemacht hat, einen von den wenigen unter den vielen, die auszuholen, um es zu suchen.

Die Verlobung Herrn German Wintersfeld's mit seiner schönen Braut war nicht allzu schwer. Ganz besonders, als er ihr sagte, daß seine Geschäfte in Paraguay vorläufig beendet seien und daß er den nächsten Dampfer benutzen wolle, um in Buenos Aires nach dem rechten zu sehen. So geschah es auch, nicht ohne daß die dankbare Gesellschaft Herrn Wintersfeld und seiner Braut noch zuvor ein solennes Abschiedsbankett gegeben hätte. Diesmal ging Herr Wintersfeld nicht so einsam und still und ohne Klang davon nach dem Hafen, wie seiner Zeit vor Jahren, als er seine Siebensachen auf einer Karrete verladen hatte und niemand sich um ihn bekümmerte. Heute schätzten die Herren Minister Paraguays und der Herr Präsident in eigener Person es sich zur Ehre, ihm auf dem Dampfer zum Abschied die Hand zu drücken, und Fräulein Juanita hatte die ganze Schiffskabine voller prächtiger Bouquets. Es ist ein schönes Gefühl, reich zu sein. Wenn es Herr Wintersfeld vielleicht nicht dachte, so mögen es doch alle die gedacht haben, die ihn zum Schiff begleitet hatten, und alle die, die am selben Abend den Nachruf lasen, den ihm die Zeitungs-schreiber in ihren Zeitungen widmeten. Er war mehrere Spalten lang und begann mit seiner Jugend.

(Fortsetzung folgt.)

einen politischen Ueberläufer auf diese Weise prämiirt. Und wie gering muß er erst von den organisirten Arbeitern denken. Würde er es gewagt haben, ihnen diesen Schlag ins Gesicht zu versetzen, wenn nicht die Wahlen ihm eine so große Mehrheit in die Hand gespielt hätten! Es sieht wirklich nicht danach aus, als ob der Ausgang der Wahlen ein so günstiges Ereigniß für die Sache der Arbeiter und des Sozialismus gewesen, wie er unter anderen auch dem „Clarion“ im ersten Moment erschiene ist.

Politische Ueberflucht.

Berlin, 24. September.

Ist das Wort „Notte“ für Sozialdemokraten tabu? In einer Betrachtung über „sozialdemokratische Provokationen“, die die „Kreuzzeitung“ im Anschluß an die „konservative Korrespondenz“ anstellt, stoßen wir auf folgende Denunziation:

In jeder Quittung, durch die über sozialdemokratische Sammlungen Ausweis geführt wird, finden sich Bezeichnungen wie: „Vaterlandlose Notte bei Jabel 7.“, „Verrottete Schuhmacher 1.“, „Stallhub „Vaterlandlose Notte“ 1,65.“ (Diese Beispiele stammen aus dem „Vorwärts“ Nr. 219 u. s. w. — Dieser offene Hohn, der an einen Ausdrucks unserer Kaiser's anknüpft, sollte doch nicht geduldet werden!

Sollte der Versuch des Hintertreppen-Organs, die Adoption des Wortes „Notte“ durch Sozialdemokraten zu einer strafbaren Handlung zu stempeln, von Erfolg gekrönt werden, so sähe sich Deutschland um eine Rechtsinstitution bereichert, die unter den Südeeinsulanern ihre vollkommenste Ausbildung erlangt hat. Man nennt sie dort Tabu.

Aus einem Bericht über diese Einrichtung entnehmen wir folgendes:

Der Häuptling war tabu, heilig und unverletzt, und ebenso alles, was er berührte; daher er in kein fremdes Haus ging, weil sonst niemand es wieder hätte benutzen können. Selbst der Weiber, woraus er getrunken, wurde sogleich zerstört. Aber auch die Priester sprachen das Tabu über Gegenstände und Orte aus, die dann niemand berühren oder betreten durfte, ja über gewisse Speisen, deren man sich dann enthalten mußte. . .

Die „Kreuzzeitung“ geht noch etwas weiter. Ginge es nach ihrem Wunsche, so müßte in das Strafgesetzbuch ein Paragraph eingefügt werden:

Einem Ausdrucks, den der Kaiser oder ein Bundesfürst auf einzelne oder mehrere Reichsangehörige angewandt hat, um ihnen dadurch Höchste Mißfallen über ihre politische Thätigkeit kund zu thun, darf von den Bezeichneten oder ihren Gesinnungsgenossen nie mehr auf ihre eigene Person angewandt werden. Zuwiderhandelnde werden mit . . . bestraft.

Vorläufig aber sind wir noch nicht so weit. Vorerst kann den Sozialdemokraten niemand verwehren, irgend welche auf sie angewandte Ausdrücke des Mißfallens einfach zu adoptiren, falls sie das für zweckmäßig halten. Sie folgen damit einem alten geschichtlichen Brauch. So sind die englischen Parteinamen der Wighs und Tories entstanden; so vor allem der Ehrenname der niederländischen Geusen, der „Bettler“. —

Aus den Jahrgängen des Septemberkurses berichtet der „Volkswille“ in Hannover: In Sachen unseres Genossen Rauch hat das Oberlandesgericht in Celle der gegen die erfolgte Verhaftung eingelegten Beschwerde stattgegeben und angeordnet, daß Genosse Rauch ohne Kaution aus der Haft zu entlassen sei. Derselbe ist Sonntag Mittag wieder in Freiheit gesetzt.

Dagegen fand dann am Montag früh gegen 11 Uhr schon wieder einmal eine Hausdurchsuchung und Beschlagnahme in den Geschäftsräumen des Blattes statt. Es handelte sich um einen Artikel in Nr. 212 vom 11. September. Die Hausdurchsuchung erstreckte sich auf die Redaktions-, Expeditions-, Seher- und Druckerräume. Von der „gefährlichen“ Nummer ward weiter nichts gefunden, als unsere „Belagsummer“. Der verantwortliche Redakteur, Genosse Thielhorn, ward an Ort und Stelle durch den die Hausdurchsuchung leitenden Amtsrichter zu Protokoll genommen.

Beschlagnahme wurde gestern ferner die Nr. 214 der „Brandenburger Zeitung“ vom 13. Septbr. Angeblich soll ein Artikel eine Majestätsbeleidigung enthalten. 24 Exemplare der betreffenden Nummer fielen der Polizei in die Hände. —

Gosprediger a. D. Stöcker und die Hintertreppenpolitik. In neuer langatmiger Artikel des Gospredigers a. D. in der „Evangelischen Kirchen-Zeitung“ beschäftigt sich mit der Wälderfeieransammlung und ihren Folgen. Wiederum sucht man vergeblich darin einen Rechtfertigungsversuch der Hintertreppenpolitik. Herr Stöcker redet beständig um den Kern des gegen ihn erhobenen Vorwurfs herum. Dafür schimpft er aber wieder um so deutlicher auf seine Gegner, insbesondere die Liberalen:

Eben jetzt wieder, wie im Jahre 1887 zeigt es sich in den Angriffen der Presse, besonders der „Kölnischen Zeitung“ und des „Hannoverschen Kuriers“, daß der Liberalismus, der politische und noch mehr der religiöse, seine Anhänger in einen geistigen und geistlichen Zustand versetzt, den der Engländer als moral insanity (sittlichen Wahnsinn) bezeichnet.

Run haben wir ja keinen Anlaß, uns in den Zwist zwischen Herrn Stöcker und den Kartellorganen einzumischen. Es macht aber entschieden den Eindruck des bekannten Diebstahles, in der Gefahr selbst „Haltet den Dieb!“ zu rufen, wenn der theure Gottesmann in seiner schwierigen Lage jetzt andere Personen des „sittlichen Irnsinn“ bezichtigt. Wenn man ihm nicht schlimmeres, irgend einen bewußten Dolus nämlich, zutrauen will, kommt man zu der Ansicht, daß der bellagene Mann selber an sittlichem Irnsinn laborirt. Bis jetzt hat er noch nicht herausgefunden, was für ein sittliches Verbrechen in der Gütlein-Affäre oder in dem Hintertreppenbrieife ihm zur Last fällt. Zur Illustration dieses letztern Beispiels der Stöcker-Moral bringt die „Vossische Zeitung“ heute völlig zutreffend in Erinnerung:

Herr Stöcker ist noch in diesem Jahre nach Friedrichruh gepilgert, um dem großen Staatsmann seine Huldigung darzubringen, er hat seinen Freunden schwärmerischen Bericht über das „schöne Fest“ erstattet, er hat sich an den Aushängungen der Entrührung über die Parteien betheilig, die dem Fürsten Bismarck den Glückwunsch versagten.

Dieses Verhalten des Gospredigers a. D. wird angesichts des bekannten Hintertreppenbrieifes ein jeder, der nicht selbst in seiner Moral durch und durch verstockt ist, nur noch mit moral insanity entschuldigen können. —

Allgegenwart der Polizei. Daß die Polizei überall in öffentlichen Orten und in öffentlichen Versammlungen amtlich

jugegen ist und Aufsicht führt, das genügt ihr nicht. Sie verlangt auch Zutritt zu Vereinen und Gesellschaften, die mit Politik gar nichts zu thun haben. Wir Sozialdemokraten haben nach dieser Richtung hin schon gar wunderbare Dinge erlebt. Aber mit dem Essen wächst der Appetit und die Polizei macht ihre Allgegenwärtig-Bestrebungen jetzt auch anderen Parteien gegenüber und auf zweifellos ganz unpolitischem Gebiet geltend. So besteht z. B. in Hannover eine „Philosophische Gesellschaft“, die sich mit praktischen und materiellen Dingen gar nicht beschäftigt, zu deren Sitzungen aber die Polizei das Recht des Zutrittes beansprucht, obgleich der Oberpräsident von Bennisfen den unpolitischen Charakter der Gesellschaft ausdrücklich anerkannt hat.

Wenn die oberste Behörde sich nicht ins Mittel legt, so wird die Polizei demnächst auch das Recht beanspruchen, jedergelt in Privatgesellschaften, ja in den Schooß der Familien einzudringen. Und wir können dann wohl auch soweit, daß, wie in Rußland, jeder Portier (Hausmann) als Polizist vereidigt und mit Ueberwachung aller Familien in seinem Hause betraut wird.

Wiel fehlt schon jetzt nicht an dieser Krönung des deutschen Polizei-Tempels. —

Der „Reichs-Anzeiger“ und die Scharfschieß-Übungen. In unserer Sonnabendnummer legten wir Verwahrung dagegen ein, daß der „Reichs-Anzeiger“ aus dem angeblich irrthümlichen Bericht des sozialdemokratischen „Landboten“ in Magdeburg gegen die Sozialdemokratie die Anklage auf „planmäßige Verhöhnung“ erhob. Jetzt kommt eine Aufklärung über die ganze Angelegenheit, durch die das Verhalten des „Reichs-Anzeigers“ in ein recht ables Licht gesetzt wird. Die „Hessische Landeszeitung“ schreibt nämlich am 22. September zu den Angaben des „Reichs-Anzeigers“:

„Diese „Berichtigung“ ist allerdings ein kaiser's Stück, sie schießt sich eigentlich nicht für das höchste amtliche Organ; denn sie gehört zu jener Art Verlegenheitsberichtigungen, die sich allenfalls untergeordnete Organe gestatten dürfen, wenn sie in größter Noth sind. Die Berichtigung stellt den Sachverhalt auf den Kopf. Zunächst ist die Adresse falsch! Die „planmäßige Verhöhnung“ in Sachen der Scharfschießerei ist garnicht das Verdienst der Sozialdemokratie, sondern das der deutschen Reformpartei, speziell des Abgeordneten Köhler. Wie jedermann, außer dem Verfasser der „Berichtigung“ wissen müßte, hat der Abg. Köhler gegen die vorjährigen Scharfschieß-Übungen in der hessischen Kammer die schärfsten Angriffe gerichtet. Und diese Angriffe wurden allseitig als berechtigt anerkannt. Der deutsche Bauer wird es sich merken, daß der „Reichs-Anz.“ die energische Vertretung seiner berechtigten Interessen als „planmäßige Verhöhnung“ bezeichnet. Die Rede des reformparteilichen Abgeordneten Köhler hat auch für dieses Jahr seine guten Wirkungen gehabt. Trotzdem erschien plötzlich jene amtliche Rundgebung, welche die Scharfschießübungen mit „n in die Erntzeit verlegt. Darauf wurde zuerst in der „Hessischen Landeszeitung“ und, wenn wir nicht irren, gleichzeitig in dem hessischen Organ der Reformpartei gegen diese Anordnung eine kräftige Scharfschießübung vorgenommen, die denn auch Erfolg hatten. Der Artikel der „Hessischen Landeszeitung“ erschien am 15. Juli. Am 23. Juli, also 8 Tage später, konnten wir mittheilen, daß unser Artikel gegen die Scharfschießübungen den erfreulichen Erfolg gehabt habe, daß die Übungen verschoben seien. Die Militärverwaltung hatte also die Berichtigung unseres Artikels — um eine theilweise Benutzung dieser Artikel handelt es sich anscheinend in dem vom „Reichs-Anzeiger“ sitirten Blatt — voll zugestanden. Was soll man nun dazu sagen, wenn der „Reichs-Anzeiger“ dann des breiteren sich darüber anstellt, daß die Scharfschießübungen — die verschoben, wohlverstanden! — keinen Schaden hervorgerufen haben. Das glauben wir herzlich gern, ja so weit wir unterrichtet sind, ist die Entschädigung in der That loyal gehandhabt worden. Was aber in aller Welt hat dieses spätere Verfahren zu thun mit der vorher geschriebenen Kritik gegen den Termin der Scharfschießübungen. Nach der Verlegung des Termins hat unsere Kritik aufgehört, und es hat niemand mehr die Militärverwaltung angegriffen. Der „Reichs-Anzeiger“ verteidigt also die Militärverwaltung gegen Vorwürfe, die niemand erhoben, und er verweist in jeder Beziehung den wirklichen Sachbestand. Der „Reichs-Anzeiger“, als höchstes amtliches Organ, hat nun mehr die Pflicht, seine Berichtigung den That-sachen entsprechend zu berichtigen!“

Also auch dieser offiziöse Versuch, der Sozialdemokratie eins anzuweisen, ist auf eine Blamage hinausgekommen. Wirklich traurig für die Staatsbretterei! Es gelingt nichts mehr, nicht einmal eine reichsanzeigerliche „Berichtigung“. —

„Die ersten Soldaten der Welt“ hat ein russischer und griechischer Prinz (russisch und griechisch ist hier eins) die französischen Soldaten genannt; und ein englischer Lord hat die deutschen für die ersten der Welt erklärt. Wer hat nun recht? Hoffentlich beide. Und hoffentlich werden die Menschen allmählig so klug, daß sie sich über solche kulturwidrige Kinderereien nicht streiten. Das überlasse man den Schulknaben der untersten Klassen. —

Deutsches Reich.

— Wie es bei Manövern hergeht, erfahren wir aus einem Bericht der „Kölnischen Zeitung“ über die Kaisermandöver bei Stettin. Es heißt da:

Auf jeder Seite waren je zwei Armeekorps sowie eine Kavalleriedivision. Ein Armeestab, um auf diese Weise eine feste Leitung für jede Armee zu schaffen, war nicht vorgesehen. Der Uebernahme der Leitung bei jeder der Armeen durch den Kaiser würde dadurch nicht im Wege gestanden haben, die Leitung wäre auch in diesen Fällen besser gewährleistet worden. Der 10. September entschied nach der angegebenen Darstellung glänzend zu Gunsten der Nordpartei, welche sich unter dem Oberbefehl des Grafen Waldersee befand. Die Nordpartei hatte am Schluss des Tages die Südpartei vollständig durchbrochen. Daß ein Manöver in Fluss erhalten werden soll, ist vielfach die Ursache großer Unnatürlichkeiten. Für den 11. September übernahm der Kaiser den Oberbefehl über die Südpartei. Für diesen Tag dirigirten die Schiedsrichter die Sache so, daß die Nordpartei zurückgehen mußte, obwohl sie völlig Herr der Lage war. Der 12. September (an welchem der Kaiser den Oberbefehl über die Nordarmee führte) wurde künstlich geschaffen, um die Manöver fortzusetzen und dabei die Südpartei in eine nahezu unumgliche Lage gebracht. Nur eine energische Offensive konnte sie herbeiführen. Die Südpartei kam aber zu nichts Geringem. Die Führung erwieß sich hier augenfällig nicht auf der Höhe. Bei den Unterführern machte sich bald Unsicherheit geltend. Vielleicht wäre der Verlauf besser geworden, wenn ein Armeestab vorhanden gewesen wäre.“

— In der Landesverrathssache, die zur Verhaftung eines Kaufmannes in Köln führte, sollen auch noch in Magdeburg, Braunschweig und Essen Verhaftungen stattgefunden haben. Die „Magde. Ztg.“ schreibt nun aus Magdeburg: „Wegen Verdachts des Landesverraths ist ein

hiesiger Kaufmann vorgestern hier verhaftet worden. Vor einigen Tagen sind in Köln zwei Personen wegen gleichen Verdachts angehalten worden; die Mutter des einen dieser Verhafteten, die in Magdeburg wohnte, ist ebenfalls festgenommen worden.

— Im Reichstags-Bureau wird an der Herstellung eines Generalregisters zu den stenographischen Berichten und Drucksachen gearbeitet, das die Arbeiten des Reichstages vom Zusammentritt des konstituierenden Reichstages, dem 24. Februar 1867, bis jetzt umfaßt. Im Laufe der nahezu 28 Jahre sind die stenographischen und stenographischen Berichte des Reichstages zu einer so ungeheuren Zahl angewachsen, daß es selbst alten Parlamentariern schwer wird, sich schnell zurecht zu finden. Das in Aussicht stehende Generalregister wird nun jeden in die Lage versetzen, sofort zu wissen, in welchem Jahre und an welchem Tage eine Vorlage oder ein Antrag eingegangen und zur Verhandlung gekommen ist. Das Generalregister soll vor Weihnachten noch zur Vertheilung an die Mitglieder des Hauses gelangen und wird alsdann auch in den Buchhandel gebracht werden.

— Der Verbandstag Deutscher Gewerbevereine in Rassel beschloß gestern eine Resolution, daß durch eine mehr planmäßige Vergütung der öffentlichen Arbeiten der Arbeitslosigkeit gesteuert werden könnte. Weiter wurde als Ort für den nächstjährigen Verbandstag Stuttgart gewählt und danach der Verbandstag geschlossen.

— Ueber den Bauschwindel veröffentlicht der Verband deutscher Schlosserinnungen soeben neues Material, welches durch die Handels- und Gewerbe-Kammer des Bezirks Dresden gesammelt worden und sich auf sämtliche Innungen von Dresden und 14 umliegende Orte, sowie einige Großbetriebe erstreckt. Die Verluste der Innungen durch unreelle oder betrügerische Bauunternehmer bezifferten sich danach insgesamt auf 248 081,94 M. Außerdem verloren Einzelstimmer noch 162 702,22 M., so daß sich also der Gesamtverlust auf 410 784,16 M. beläuft. Wie der Verband deutscher Schlosserinnungen noch hinzufügt, dürfte diese Aufstellung kaum mehr als den dritten Theil aller wirklich erlittenen Schäden repräsentieren, da noch nicht alle befragten Innungen resp. Einzelstimmer ihre Verlustziffern mitgetheilt haben.

— Das Versammlungsrecht in Hessen ist durch einen Erlaß des Kreisamts Erbach i. Odenw., welcher den Antisemiten eine Versammlung unter freiem Himmel in König verbot, in einer Weise beschränkt worden, daß im nächsten Landtag auch von Seiten der Antisemiten dem Ministerium darüber die Meinung gefaßt werden wird.

— Aus Elßaß-Lothringen wird geschrieben: Ein großer Entrüstungsdramma ging vor einigen Monaten durch die katholische Kirche des Elßaßes. Es war bekannt geworden, daß die Regierung einen Antrag auf Wiederverzulassung der Redemptoristen in ihren Niederlassungen zu Wischenberg (Unter-Elßaß) und Zeterchen (Lothringen) abschlägig beschiedener hatte. Die kirchliche Presse wimmelte von Protestschreiben Geistlicher an den Bischof, man schwur hoch und heilig, nicht eher zu ruhen, bis die Sache der Gerechtigkeit und Freiheit geklärt — denn nie ist die Freiheitsbegeisterung der Geistlichkeit so ungeheuerlich, als wenn ihre Freiheit angetastet wird — kurz, man bauschte die Affäre zu einer Haupt- und Staatsaktion auf, wie eine zweite in Elßaß-Lothringen noch nie dagewesen. Vor einigen Tagen nun ließ sich die „Katholische Volkszeitung“ aus Straßburg telegraphisch melden, die Redemptoristen seien nunmehr in Wischenberg und Zeterchen zugelassen. Der Straßburger katholische „Eißaß“ druckte das Telegramm nach mit der Bemerkung, die Nachricht „scheine begründet“ zu sein, denn auch die „Straßburger Post“ habe sie ohne Dementi mitgetheilt, und andere katholische Blätter meldeten seither aus Zeterchen, es verlautete dort mit großer Bestimmtheit, daß die Niederlassung der Redemptoristen in dem Kloster „bereits seit längerer Zeit“ genehmigt worden sei. Nach der löblichen Sprache während der frühommerlichen Protestbewegung wirkt diese Unsicherheit über den Erfolg ungemein komisch. Aber die Sache hat auch ihre ernste Seite. Kann es eine bessere Kritik des politischen Lebens in den Reichsländern und zugleich eine schärfere Beurteilung der dortigen Ausnahmeverhältnisse geben, als sie hier in Erscheinung tritt? Die Presse der härtesten und ältesten Partei des Landes schwebt wochenlang monatelang im Unklaren über die Lösung einer Frage, welche die ganze Partei aufs tiefste erregt und zu den lautesten Kundgebungen in der Öffentlichkeit geführt hat. In welchem Bundesstaate des Deutschen Reiches wäre ähnliches möglich? Das Zentrum, als politische Interessensvertretung der katholischen Kirche Deutschlands hat allen Grund, zu Ruh und frommen seiner eifrigsten Freunde für die baldige Aufhebung der dortigen Ausnahmezustände sich nachdrücklich ins Zeug zu legen. Wehr als die sozialdemokratische Partei, welche die Regierung mit Hilfe des Diktatursparagraphen vergeblich unter dem Daumen zu halten versucht, sieht die weniger lebenskräftige katholische Bewegung unter dem lähmenden Einfluß der preussischen Polizeidiktatur.

Oesterreich.

— Ueber die letzte Wiener Wahlrechtsdemonstration schreibt unser Wiener Korrespondent unterm 22. d. M.:

Heute Vormittag fand die am vorigen Sonntag wegen strömenden Regens verschobene Massenversammlung im Prater statt. Sie gestaltete sich zu einer wahrhaft großartigen Demonstration für das Wahlrecht, und mit ihr hat die neue Kampagne, die uns bevorsteht, in der imposantesten Weise wieder eingeleitet. Die Feuerverkünder waren von einer Menschenmenge besetzt, die nach den niedrigsten Schätzungen 30—40 000 zählte. Genosse Neumann führte das Präsidium, Genosse Kleriker referirte deutsch, Gen. Remer tschechisch. Die Stimmung der Versammlung war eine begeisterte und entschlossene. Die Redner führten aus, daß, so ungewiß die nächste Zukunft sei, eines sei sicher, daß die nächsten Wahlen nicht mehr unter dem heutigen verrotteten Wahlsysteme vor sich gehen werden, und daß, mag kommen was immer, die Arbeiterklasse sich das nicht gefallen lassen werde. Sollte Graf Badeni polnische Regierungsgewohnheiten nach Wien mitbringen, so fühle die Arbeiterklasse Kraft genug in sich, auch an ihm das Erziehungswerk zu vollbringen, das sie an so vielen Beamten leisten mußte. Mit ungeheurem Enthusiasmus und nicht erdenklichen Hochrufen wurde die Erklärung angenommen, daß sich das österreichische Proletariat solidarisch fühlt mit der Nothe der deutschen Genossen. Eine mächtige Wirkung machte es, als zwei ruthenische Bauern, angethan mit den nationalen Schapfeln, dem Meeting vorgestellt wurden. Sie erzählten von den brutalen Vergewaltigungen, denen die Bauern bei den Landtagswahlen in Galizien ausgegesetzt seien unter der Regierung desselben Badeni, der nun Minister werde. Sie waren nach Wien gekommen, sich im Ministerium zu beschweren, waren aber nicht von provisorischen Ministern Klemens, sondern nur von einem Sektionschef empfangen worden. Die Bauern, deren einer gebrochen deutsch, der andere ruthenisch sprach, erklärten, daß sie von der Arbeiterklasse auch für ihre Noth Hilfe erwarteten. Genossin Köstler wendete sich an die zahlreichen Frauen in der Versammlung und erklärte, die Frauen seien bereit, wenn es nötig werden sollte, für das Wahlrecht in den Generalkongress zu treten, mit aller Aufopferung den Männern zur Seite zu stehen.

Nach der Versammlung kam es zu zahlreichen, durch die Polizei muthwillig provozirten erregten Szenen. Im Ausgange des Praters, am Praterstern, verhinderten etwa 800 Wachleute zu Fuß und zu Pferde, daß die Leute ruhig ihres Weges zogen, und suchten sie in die Seitengassen mit brutaler Gewalt abzurängen. Die Wachleute ritten mit gezogenem

Säbel in die Menge und zahlreiche flache Hiebe fielen; es kam dort und später auf der Ringstraße, soweit jetzt festzustellen, zu etwa 20 Verhaftungen. In der Praterstraße verfolgten Wachleute mit gezücktem Säbel ein Individuum bis in die Einfahrt eines Hauses; Verirrte führten säbelhühnchend nach und als sie den Mann glücklich hatten — legitimirte er sich als Polizei-Agent. — Der ganze Stadttheil vom Prater bis zum Parlament bot bis Nachmittag den merkwürdigsten Anblick. Abtheilungen von 60—80 Verirrten sprengten im Galopp die Ringstraße auf und nieder zur größten Verwunderung harmloser Spaziergänger; so wurden auch die oberen Bohnthausen, die von der Wahlrechtsdemonstration nichts wußten, davon gefährdet in Kenntniß gesetzt. Nur der erprobten Kaltblütigkeit der Wiener Arbeiter ist es zu danken, daß es trotz der Provokationen der Polizei nicht zu ernstlichen Zwischenfällen kam.

— Die Wahlreform des Grafen Badeni. Das neue Ministerium, das anfangs Oktober ins Amt treten wird, läßt nun etwas über seine Wahlreform-Pläne verlauten. Demnach soll zu den gegenwärtigen Kurien, deren Abgeordnete von privilegierten Wählern entsandt werden, eine weitere Kurie kommen, in der die Wähler ziemlich allgemeines Wahlrecht haben sollen und die 80 Abgeordnete ins Parlament entsenden soll. Demnach sollen die Wählenden bisher nicht Wahlberechtigter belästigt werden so viele Sitze im Parlament haben als einige hundert Großgrundbesitzer.

Frankreich.

— Der sozialistische Deputirte Mirman ist am 23. September definitiv aus dem Militärdienst entlassen worden.

— In Limoges wurde am 23. September ein Sozialistenkongress eröffnet, der der bedeutendste des Jahres zu werden verspricht. Er wurde auf dem vorjährigen Kongress in Nantes beschlossen, an welchem sich 1452 Arbeitervereine theilnahmen. Voraussichtlich werden auf dem Kongresse in Limoges etwa 2000 Arbeitervereine vertreten sein.

Bulgarien.

— Aus Sofia wird dem „Wiener Fremdenblatt“ heute telegraphirt:

Metropolit Klement (der Führer der Russenpartei) gelebte ein Requiem für den verstorbenen Führer der makedonischen Bewegung Trajko Mitantschew. Nach Beendigung der Zeremonie hielt Klement eine Ansprache von den Stufen des Altars herab; er sagte: „Der frühe Tod Mitantschew's, wie auch anderer für die Nationalidee Verstorbenen, die wir beweinend, erheischt von uns gebieterisch, diese Idee zu unterstützen! Selbst der Stärkste muß sich's überlegen und weichen, wenn er sieht, daß wir alle einmüthig unsere wahrhaftigen, nationalen Interessen vertheidigen und bereit sind, für das Allgemeinwohl und das Vaterland unsere persönlichen Vortheile und unsere Ruhe zu opfern. Die ungewissen Interessen und theureren Opfer sollen uns als Vorbild und Aufmunterung dienen. Die Todten werden ihren Feindern verzeihen. Sollen sie aber auch uns Verzeihung gewähren, so müssen wir ihrem Beispiel folgen!“ — Von der Kathedrale fuhr Klement unter großer geistlicher Assistenz und von einer großen Menge von Bürgern begleitet, nach dem Friedhof, wo eine Totenmesse auf den Gräbern Mitantschew's, des Majors Panika, Zmilanow's, Keragjulow's, und Konstantin Popow's abgehalten wurde. Die Rede Klement's wird als Vorläufer neuer Kämpfe aufgefaßt.

So das Telegramm. Herr Metropolit Klement, ein in russischem Golde stehender Herrschaffe, der neulich in Petersburg war, um vor „Väterchen“ zu kniendeln und sich von ihm Verhaltungsbefehle zu holen, hat durch das gestrige Requiem die Masse abgeworfen und den russischen Ursprung des „makedonischen Aufstands“ anerkannt. Dieses Eingeständniß bedurfte es freilich nicht, aber daß es so rückhaltlos erfolgte, hat immerhin eine gewisse Bedeutung, insofern damit erklärt ist, daß die russische Diplomatie die für kurze Zeit unterbrochene Aktion gegen die Türkei fortzusetzen entschlossen ist. Es hängt dies ohne Zweifel mit der Entwidelung der Dinge in Orien zusammen, wo ein Konflikt sich vorzubereiten scheint. Die Russen wollen offenbar den Engländern in Europa einige Beschäftigung geben.

Nachdem obiges geschrieben, kam ein neues Telegramm, demzufolge Herr Klement seine gestrige Rede etwas abzuschwächen sucht. Es lautet:

Dem „Fremdenblatt“ wird aus Sofia gemeldet: Die Oppositionsparteien betrachten die gestrige Rede des Metropoliten Klement als Kriegserklärung gegen das jetzige Regime. Klement erklärte jedoch dem Korrespondenten des „Fremdenblatts“ gegenüber, seine Rede sei falsch verstanden worden; sie beziehe sich nicht auf die jetzige Politik; sie habe, da der Prinz und die Regierung den Wünschen der Nation Rechnung tragen wollen, lediglich den Zweck kirchlicher Erbauung gehabt. Die orthodoxe Laie sei für das Wohl der Nation und der Dynastie unumgänglich nötig. Ferner bestätigte Klement, daß die Worte des Kaisers an die bulgarische Krangdeputation, betreffend die Hoffnung der baldigen Wiederherstellung guter Beziehungen zwischen Rußland und Bulgarien, authentisch seien.

Das Dementi ist offenbar von Petersburg aus veranlaßt, weil der Herr Metropolit etwas zu geschwätzig aus der Schule geplaudert hat. Uebrigens ist es ganz gleichgiltig, ob er die jetzige Politik meint hat, und welche „jetzige“, denn es giebt in Bulgarien verschiedene „jetzige“ Politiken. Was der fromme Herr hat fördern wollen, ist jedenfalls die russische Politik.

Griechenland.

Die Griechen waren allezeit sehr eifrige Politiker und eine der angenehmen Beschäftigungen für sie das Wählen. Sie suchen sich dieses Vergnügen deshalb möglichst oft zu verschaffen. Wählen sie nicht für die Kammer oder für einen Provinzialrat, so wählen sie für die Gemeinde. Und regelmäßig gewinnt dann die Partei, welche gerade an der Regierung ist, und dann so lange an der Regierung bleibt, bis sie über irgend eine Apfelsinenschaale zu Fall kommt. Jetzt waren Gemeinderatswahlen. Ein Telegramm meldet darüber:

Athen, 24. September. Das Gesamtergebnis der Gemeinderatswahlen ist überall, namentlich in den größeren Städten, für die Regierungspartei überaus günstig ausgefallen. Nur in Nisoulighi, der Vaterstadt des früheren Ministerpräsidenten Trikups, wurde der Trikupsist Maccris mit großer Majorität gewählt.

China.

— Die Chinesen quittieren bereits über Deutschlands Intervention gegen Japan. Wie die „World“ aus Shanghai meldet, wurde die deutsche Missionsstation in der Nähe von Swatung geplündert.

Partei-Nachrichten.

Der aufgelöste sozialdemokratische Verein in Willau in Sachsen hat sein kleines Vermögen dem sozialdemokratischen Landtags-Wahlfonds überwiesen.

Zweiter pälzischer Wahlkreis. In Lambrecht tagte am 22. September eine sehr gut besuchte Konferenz der Parteigenossen des zweiten pälzischen Wahlkreises, welche Stellung zum Agrarprogramm — Entwurf und zum Breslauer Parteitag nahm. Nach einer sehr eingehenden Diskussion, in welcher sich eine ablehnende Meinung gegen den Entwurf der Agrarkommission in allen seinen Theilen breit machte, wurde als Resolusion eine Resolution mit über Zweidrittelmajorität angenommen:

„Die Konferenz des zweiten pälzischen Wahlkreises ist der Ansicht, daß das von der Agrarkommission herausgegebene Pro-

gramm in seiner jetzigen Gestalt nicht geeignet ist, dasselbe anzunehmen, glaubt vielmehr im Weiterbestehen der Agrarkommission eine Gewähr für bessere Vorschläge dieser Kommission an künftigen Parteitagen.“

Auf eine Delegation zum Breslauer Parteitag wurde des hohen Kostenpunktes wegen verzichtet.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Prozeß der „Fränkischen Tagespost“. Genosse Dertel, der Verleger der „Fränkischen Tagespost“, ist in Untersuchung gezogen, Genossen Dehme, dem zur Zeit zeichnenden Redakteur, sind zwei Anklagen und dem eben aus dem Gefängnis entlassenen Genossen Gärtner eine Anklage zugegangen.

— Genosse Leven wurde wegen Beleidigung eines in der „Neuflischen Tribune“ weder mit Namen noch mit Beruf genannten Bedarmen zu einem Monat Gefängnis verurtheilt.

— In Straßburg i. Elß. ist eine auf Montag den 23. d. M. anberaumte öffentliche Parteiversammlung ohne Angabe von Gründen durch das Bezirkspräsidium des Unter-Elßaß verboten worden. Die Tagesordnung handelte von der Beschickung des Breslauer Parteitages und von der Diskussion über die Beschlüsse der letzten elsäß-lothringischen Bundeskonferenz; eine Versammlung mit ganz ähnlicher Tagesordnung hat in Straßburg vor etwa 14 Tagen unbeanstandet und ohne jeden Zwischenfall stattgefunden. Warum also dieses plötzliche Verbot? Sind die „maßgebenden“ Behörden des Unter-Elßaß erst inzwischen von dem Geist der laienlichen Sedanrede ergriffen worden? — Die Genossen werden nun von Straßburg regelmäßig nach dem badischen Neumühl pilgern.

— Amstlicher Dr. Becker ist nicht befangen, so hat denn nun glücklicherweise auch das Dresdener Oberlandesgericht entschieden in der von uns schon mehrfach besprochenen Sache gegen den Vorsitzenden der Turnerschaft Pieschen, den Genossen Emil Lungwih. Auf seine Beschwerde gegen den ablehnenden Beschluß des Landgerichts erhielt er folgenden Bescheid:

Das königlich sächsische Oberlandesgericht hat nach Anhörung der Staatsanwaltschaft die nach § 28 der Straf-Prozessordnung als sofortige zu betrachtende Beschwerde des Fingarnarbeiters Emil Lungwih in Pieschen gegen den Beschluß der Strafkammer des Landgerichts Dresden, wodurch in der wider ihn bei dem Amtsgericht Dresden anhängigen Strafsache wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz vom 22. November 1850 das von ihm gegen den Amstlicher Dr. Becker als Vorsitzenden angebrachte Ablehnungsgesuch für unbegründet erklärt worden ist, da den für diese Entscheidung in dem angefochtenen Beschlusse geltend gemachten Gründen beizupflichten und zu deren Widerlegung etwas Beachtenswerthes nicht vorgebracht worden ist, sowie in Betracht, daß Wechsel der Entscheidung noch keineswegs Mißtrauen gegen die Unparteilichkeit des Richters zu begründen geeignet ist, welcher an der abgeänderten Entscheidung theilgenommen hat, und daß endlich das Anführen des Beschwerdeführers: Amstlicher Dr. Becker habe bei Gelegenheit einer Verhandlung gegen den Stellmacher Gramer nicht zur Sache gehörige Bemerkungen über die Sozialdemokratie gemacht, woraus seine Voreingenommenheit gegen diese Partei, welcher der Angeklagte angehöret, hervorgehe, theils thatsächlich zu unbestimmt ist, theils der nach § 26 der St.P.O. erforderlichen Glaubhaftmachung entbehret, als unbegründet verworfen und dem Beschwerdeführer gemäß § 505 der St.P.O. die Kosten des Rechtsmittels auferlegt.

Die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ bemerkt hierzu: Also der Wechsel der Entscheidungen, die Masse der von Lungwih in seiner Beschwerdefchrift angeführten laienlichen Urtheile des Amstlichen Dr. Becker sind nicht geeignet, Mißtrauen gegen die Unparteilichkeit des Richters zu begründen. Auf den Umstand, daß Amstlicher Dr. Becker Waldschlöcher Aktionär ist und von Lungwih während des Waldschlöcher-Boylotts in seinem Geschäft als solcher geschädigt wurde, ist das Ober-Landesgericht überhaupt nicht eingegangen. Kopfschüttelnd muß man sich fragen, welchen Lebenszweck der § 28 der St.P.O. eigentlich zu erfüllen hat. Trotz dieses Ausgangs möchten sich aber die Parteigenossen nicht abhalten lassen, vorkommendenfalls den Amstlicher Dr. Becker abzulehnen.

— Genosse Bullschleger, Redakteur des Basler „Vorwärts“, wird wegen Majestätsbeleidigung von deutschen Gerichten verfolgt. Unser Basler Bruderorgan ist in der Lage, aus Nr. 219 der vom großherzoglich badischen Korpskommando der Gendarmarie ausgegebenen Fahndungsblatte (datirt Karlsruhe 20. September 1896) folgendes zu veröffentlichen:

„Reis Lörrach.
Nr. 4945. Hr. Amstlicher Lörrach, 14. IX. 96. (Nr. 19 631.)
Gegen Redakteur E. Bullschleger in Basel, welcher als Ausländer fluchtverdächtig erscheint, ist wegen Majestätsbeleidigung die Untersuchungshaft verhängt.“

Es wird ersucht, denselben beim Betreten im Inlande zu verhaften und in das hiesige Amtsgefängnis einzuliefern.“

Da Majestätsbeleidigungen, von Ausländern im Auslande verübt, im Deutschen Reich nicht strafbar sind, so haben wir es wohl wieder mit einer merkwürdigen Auslegung deutscher Strafgesetze zu thun.

Soziale Uebersicht.

Landarbeiterverhältnisse in Mecklenburg. Von zwei Göttern Mecklenburgs sandten die Landarbeiter Schilderungen des Höfängers Lebens. Die Angaben sind im wesentlichen gleich und dürften daher auf das Höfängerswesen wenigstens eines großen Theils des Obotritenlandes zutreffen. Danach hat der Höfänger jede vorkommende Arbeit, sei sie landwirtschaftlich oder anderer Art, zu verrichten. Die Arbeit beginnt früh 6 Uhr und dauert bis abends 8 und 9 Uhr, in der Ernte auch noch länger. Der Inspeltor sorgt durch strengste Kontrolle dafür, daß immer aufs flotteste gearbeitet wird. Thätigkeiten des Inspeltors gegen die Arbeiter sind nichts Seltenes, ebenso wenig Strafzüge vom Lohn. Die Geldstrafen werden um so schwerer empfunden, als der Höfänger jährlich nur 72—75 Mark Lohn bekommt. Neben freier Station allerdings, aber diese ist auch danach, Kartoffeln, Speis, grobes Brot, Mehlsuppen, Kaffee, mitunter Hering — das sind die Hauptbestandtheile der Kost. Sonntag ist, wenn der Höfänger nicht dem Tagelöhner helfen muß, Arbeitsruhe. Der Höfänger hat dann Gelegenheit, die einzige geistige Nahrung, die es für die Proletariat auf dem Gute giebt, entgegenzunehmen; sie wird in Gestalt der religiösen „Erbauung“ durch den Gutgeistlichen gepfendet, und zwar in ausreichender Weise. Daß der Höfänger sein ruhig, ohne Mucken, sein Joch ertrage, dafür ist durch das ritterliche Polizeiamt gesorgt. Rutz, der Höfänger führt ein Dasein, dessen Trübseligkeit im schneidendsten Gegenjah zu dem Wohlleben der Herren Grundbesitzer steht.

Zur Einführung des Normalarbeitstages in Rußland. Nachdem die Lohner Sektion des „Vereines für die Förderung der russischen Industrie“ die Frage über die Normierung des Arbeitstages angeregt hat, hat sich der Moskauer „Verein für die Förderung und Entwicklung der Manufaktur-Industrie“ auch mit dieser Frage befaßt. Im Auftrage der Abtheilung dieses Vereines für die Textilindustrie hat der Vorsitzende derselben, Aljantschiloff, 77 Fragebogen an Mitglieder des Vereines, welche Beziehungen zur Textilindustrie haben, wie auch an zwölf andere Personen (Fabrikdirektoren, Fabrikärzte und Inspeltoren) versandt und über die 36 eingelaufenen Antworten berichtet er jetzt in den „Ruschja Wedomosti“ das folgende:

Von den Antwortenden (welche Unternehmer oder meistens ihnen nahe stehende Leute sind) sagten drei, die Frage über den Normalarbeitstag sei überhaupt grund- und zwecklos aufgeworfen worden; die Antwortenden meinten, das Anregen dieser Frage sei ein schlaues Manöver der Fabri-

laaten in Loda gewesen, welche in der Normirung des Arbeitstages ein Mittel erblickten, ihre Konkurrenten in Mittel-Rußland zu ruinieren, indem sie glaubten, daß dort die rückständigeren Industrie bei einem kürzeren Arbeitstage leiden würde, während er der fortgeschritteneren Industrie in Rußland-Polen nicht schaden könne. Die meisten Antwortenden erklärten aber, daß eine Normirung des Arbeitstages im Interesse der Gesundheit der Arbeiter und ihres ungehörten Familienlebens notwendig sei, wobei mehrere außerdem noch darauf Nachdruck legten, daß das Interesse der Industrie eine solche Normirung erfordere, denn erschöpfte Arbeiter könnten keine gute Waaren produzieren und das Ausland habe eine bessere Industrie, weil es intelligentere Arbeiter habe; diese könne aber Rußland bei dem gegenwärtig im Durchschnitt 12-13 Stunden betragenden Arbeitstage nicht haben. Einer von den Antwortenden meinte, das Interesse des Staates, welcher selbst für die Veredelung der Pederaste Sorge, erbeische auch eine Fürsorge für die industriellen Arbeiter.

Die größte Zahl der Antwortenden hat sich für die Festsetzung des Arbeitstages auf 11 Stunden, einzelne haben sich für den Achtstundentag ausgesprochen, doch soll der Uebergang zum kürzeren Arbeitstage schrittweise vollzogen werden. Die Frage, ob die Normirung von den Fabrikanten selbst oder von der Regierung besorgt werden soll, wurde zu Gunsten der ersteren nur von drei Antwortenden entschieden. Die meisten meinten, daß eine Durchführung dieser Maßregel ohne gesetzlichen Zwang nicht zu erwarten ist.

Die Frage, ob die Normirung des Arbeitstages mit einem Schaden für die Industrie verbunden sei, wurde nur von wenigen bejaht, und diese sprachen von einem Schaden für die kleinen Fabriken, für die großen erwarten sie einen Schaden nur bei raschem, unvermitteltem Uebergang zu einer kurzen Arbeitszeit. Die meisten meinten aber, der momentane Schaden würde durch Besserung im Betriebe, zu welchen die Fabrikanten durch die Verlängerung der Arbeitszeit veranlaßt würden, wie auch durch die Erhöhung der Intelligenz der Arbeiter behoben.

Mitschiloff berichtet auch über die auf seine Anregung in dem Verein für den Schutz der Volksgesundheit (dessen Vorsitzender Professor Wrenius ist) stattgefundene Besprechung des Normalarbeitstages. In der Resolution, welche in der Sitzung dieses Vereins vom 12. Mai dieses Jahres angenommen worden ist, wird erklärt, daß die gegenwärtige unbeschränkte Arbeitszeit für die Arbeiter äußerst schädlich sei, daß der normale von der Gesetzgebung festzusetzende Arbeitstag der achtstündige sei, da die Arbeiter 8 Stunden für den Schlaf und 8 Stunden für die Ruhe und Befriedigung ihrer geistigen und physischen Bedürfnisse haben müßten. Die Nacharbeit sei den Frauen und Kindern unbedingt zu verbieten. Auf die Frage, ob es jetzt in Rußland nicht zu viel Feiertage gebe, wurde von dem Verein verneint; er fand, daß 280 Arbeitstage im Jahre zu 8 Stunden das Normale seien, nur sollen sich die Feiertage gleichmäßiger im Jahre vertheilen, als dies bis jetzt der Fall ist.

Gewerkchaftliches.

Sämmtliche Mittheilungen von Organisationen, vor allem solche über Ausstände oder Aussperrungen, müssen stets den Stempel der betreffenden Organisation tragen.

Au die Puhler Berlins und der Umgegend. Kollegen! In der öffentlichen Versammlung am 23. September habt Ihr den Beschluß vom 16. September, wonach überall da, wo die Abschlagszahlungen von 7 M. pro Tag bei neunstündiger Arbeitszeit nicht pünktlich jeden Sonnabend gezahlt wird, die Arbeit einzustellen ist, aufrecht erhalten.

Kollegen, wir sind der Ansicht, daß Ihr alle zu der Ueberzeugung gekommen seid, daß der fortwährende Lohn- und Preisdrückerei in unserem Gewerbe endlich ein energisches Halt entgegenzusetzen werden muß. Wir fordern Euch alle, die organisierten und unorganisierten, auf, obigen Beschluß strikte zur Durchführung zu bringen. Kollegen zeigt, daß Ihr Männer seid. Dann, aber auch nur dann, wird es uns möglich sein, einen Erfolg zu erzielen. Alle arbeitslosen Kollegen werden ersucht, sich täglich vormittags bei Köllig, Neue Friedrichstraße 44, einzufinden. Donnerstag, den 26. September, vormittags 10 Uhr, findet eine Versammlung aller arbeitslosen Puhler statt. Gleichzeitig ersuchen wir die Kollegen über freie Arbeitsplätze Mittheilung an die Kommission bei Köllig gelangen zu lassen. Mit kollegialischem Gruß: Die Kommission.

Achtung, Vergolder! Der Generalstreik dauert fort. Zugang ist streng fernzuhalten. Das Streikbureau befindet sich Annenstraße 16; in Kirdorf bei K u m m e r, Berlinerstraße; in Weihensee bei F r e n z, Königs-Chaussee und Lehdersstraßen-Ecke; im Norden bei G l e i n e r t, Müllerstr. 7a, geöffnet von 9-12 und von 2-5 Uhr. In der Reanderstraße sind zwei Listen 1021 und 1022, eine Streikliste und ein Verbandsbuch auf den Namen Fische verloren gegangen. Wir bitten, dieselben im Streikbureau, Annenstraße 16, abzugeben. Die Agitations-Kommission.

Aufruf an die Schneider und Näherinnen aller Branchen: Mäntelnäherinnen, Bügler, Stepper, Zuschneider, Kinderkonfektions-, Blousen- und Trilottailen-Näherinnen, Herrenkonfektions-Schneider und Näherinnen u. s. w. Eine öffentliche Versammlung, in der die Frage der Betriebswerkstätten und die Stellung der Zwischenmeister erörtert werden soll, tagt am Dienstag, den 1. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in Louis Keller's Festsaal (großer Saal), Kopenstr. 29. In den Zwischenmeisterkreisen wirbelt diese Frage gegenwärtig viel Staub auf. Mehrere Versammlungen, welche sich damit befaßten, sind der Auflösung durch den Tumult der Zwischenmeister verfallen. Eine eingehende sachliche Begründung unserer Forderung erscheint daher notwendig. Wir fordern deshalb, alle Kollegen und Kolleginnen auf, für diese Versammlung rege zu agitieren, damit den Zwischenmeistern die Möglichkeit genommen ist, die Versammlung zu stören. Die Agitationskommission.

der Schneider und Schneiderinnen Berlins.
J. A.: J. Z i m m, Vertrauensmann.

Maler und Lackier. In Leipzig hielten die Maler- und Lackiergehilfen am Sonntag eine Versammlung ab und beschloffen, der „Leipz. Ztg.“ zufolge, daß die noch ausländigen 25 Gehilfen im Ausstände zu verharren und nur solche Arbeit anzunehmen hätten, die nach dem geforderten Tarif bezahlt werde. Der Ausstand soll erst dann für beendet erklärt werden, wenn der letzte Ausständige untergebracht worden ist. Ueber Beschlüssen, die den Tarif nicht einhalten, soll die Sperre verhängt werden.

Die Sattler der Militärsattel-Fabrik von Gammersbach in Noisdorf bei Bonn haben die Arbeit niedergelegt. Zugang ist fernzuhalten.

Achtung, Tabakarbeiter! Die F. Leopold'sche Fabrik in Haynau in Schlesien ist in den Besitz der Firma Peter übergegangen. Sofort wurden die Löhne bei den Holtern sowie Wickelmachern reduziert. Deshalb legten sämtliche Zigarren- und Wickelmacher die Arbeit nieder. Zugang ist streng fernzuhalten.

Au die Gärtner Deutschlands. Kollegen allerorts! Ueberall, wohin wir blicken, gewinnt die Arbeiterbewegung an Ausdehnung, in den entlegensten Gegenden und in den kleinsten Orten schaaren sich die Arbeiter um das Banner der Sozialdemokratie. Die Angehörigen aller Berufsarten organisieren sich, weil sie erkannt haben, daß nur in Form einer Vereinigung ein Vorgehen gegen die Macht des Kapitals möglich ist, und fast alle Gewerkschaften besitzen deshalb festgesetzte Organisationen. Nur wir Gärtner stehen noch immer abseits von der großen Schaar der ausgeklärten Arbeiterschaft; zwar besitzen

auch wir seit sechs Jahren eine Organisation, den Zentralverein der Gärtner, aber nur der geringste Theil von Euch hat es bisher für notwendig gehalten, sich demselben anzuschließen. Theils aus Gleichgültigkeit, theils aus Voreingenommenheit und theils aus anderen Gründen bleibt Ihr unserer Bewegung fern und habt es auf diese Weise dahin gebracht, daß unsere Organisation in den letzten Jahren nennenswerthe Aktionen nicht mehr in Szene setzen konnte. Wohl haben wir einen Sturm auf gegen die Gewerbeordnung unternommen, wohl haben wir mit aller Energie daran gearbeitet, den Bestimmungen der Gewerbeordnung unterstellt zu werden, aber was will das heißen, wenn nur ein geringer Prozentsatz der Kollegen daran theil nimmt, während die übrigen in Gleichgültigkeit versinken, mit offenen Augen ihr Leben verfließen. Kollegen! Die Zustände in unserem Verufe sind wahrlich nicht dazu angethan, diese Schlafmüdigkeit noch länger fortbauern zu lassen, denkt an die Dauer unserer Arbeitszeit, denkt an unseren Lohn und an die schimpflichen Arbeitsbedingungen, denen wir auf grund der Gewerbeordnung unterstellt sind und erwacht aus Euren geistigen Schlaf; wenn Ihr noch eine Spur von Menschenwürde in Eurer Brust hegt, wenn Ihr noch fähig seid, Euch zu schämen, dann vereinigt Euch mit uns zu gemeinschaftlichem Handeln. Wir haben in diesem Sommer eine Agitationsroschüre über ganz Deutschland verbreitet und sind noch einige Exemplare vom Hauptvorstand zu beziehen.

Der Hauptvorstand des Zentralvereins der Gärtner, Hamburg, Uhlenhorst.
Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Die außerordentliche Generalversammlung des aufgelösten Berg- und Hüttenarbeiter-Verbandes, welche am 22. d. M. nachmittags auf der „Zeche“ in Hohenstein-Ernstthal stattfand, nahm einen äußerst günstigen Verlauf, da alle Anträge des Vorstandes angenommen wurden. Das für die neue Verbandskasse entworfene Statut wurde vorläufig gut geheißen; wenn Ihr noch eine Spur von Liquidationskommission, welche bis zur ersten Generalversammlung der neuen Kasse, in Gemeinschaft mit dem geltenden ebenfalls ernannten Bevollmächtigten P. Horn, die Geschäfte führen wird, gestattet sein, redaktionelle Änderungen vorzunehmen. Das Vermögen der alten Kasse wird laut Beschluß auf die neue Kasse übergeführt und alle Mitglieder der alten Kasse treten mit ihren Rechten und Pflichten der neuen Kasse bei. Zu liquidieren wäre also eigentlich nur das Verbandsvermögen, welches ungefähr 30 000 M. beträgt. Zur Liquidations-Kommission wurden vier Mann gewählt, unter ihnen auch der frühere Vorsitzende H. Sachs, welcher in drei Wochen seine einjährige Gefängnisstrafe verbüßt haben wird. Eine oppositionelle Liste, an deren Spitze der Vorgänger H. Sachs' s, Karl Ebert stand, brachte es nur auf 1000 Stimmen, während die Gewählten ca. 3000 Stimmen auf sich vereinigten. Die Zeitung „Glückauf“ und die Verbandsbibliothek wurden für einen mäßigen Preis an vier bekannte Mitglieder verkauft. Das Abonnement beträgt bei wöchentlich einmaligen Erscheinen in der Hauptexpedition und bei den Filialen 80 Pf. pro Monat. Die Abonnenten sollen Anspruch auf Gewährung von Rechtschutz haben, Verfassungsschriften werden ihnen im Bureau der Zeitung unentgeltlich ausgestellt, in besonderen Fällen soll auch Unterstützung aus der Zeitungskasse gewährt werden. Es handelt sich darum, die Bergleute zusammen zu halten und sie nicht schußlos dem Grubenskapital preiszugeben. Die Herren Grubenbesitzer scheinen wirklich zu glauben, sie könnten bald die Erbschaft des aufgelösten Verbandes in ihrem Sinne antreten, sie wollen „königstreue Knappenvereine“ und Beerdigungsstellen auf den einzelnen Werken gründen. Die Versammlung muß ihnen aber wieder gezeigt haben, daß der Liebe Mühe umsonst ist und die Bergleute auf diesen Reim nicht gehen, das bewiesen schon die Wahlen.

Streik französischer Eisenbahnarbeiter. Wie aus Carcassonne gemeldet wird, haben die in Streik befindlichen Eisenbahnarbeiter der im Bau begriffenen Eisenbahnlinie Quillan-Rivesaltes die ihnen von den Bauunternehmern angebotene Lohnhöhung ausgeschlagen, weil ihnen dieselbe nicht hoch genug war und legen den Ausstand fort.

Englische Streikstatistik. Im Mai und Juni (die eingekammerten Zahlen beziehen sich auf letzteren Monat) brachen von der „Labour Gazette“ 84 (65) neue Streiks in England aus, nach denen entzelen:

	Infolge v. Streitigkeiten in Betreff des Lohnes		Aus anderen Gründen (Arbeitszeit, Im Ganzen)	
	Mai	Juni	Mai	Juni
Auf das Bau- gewerbe ..	18	8	3	2
Auf die Be- kleidungs- industrie ..	3	—	1	—
Auf die Metall- industrie ..	6	—	1	2
Auf die Berg- werke ..	10	6	3	4
Auf den Schiff- bau, Dock- u. s. w. ..	4	1	3	—
Auf die Textil- industrie ..	4	8	3	1
Auf verschied. Industrien	5	4	—	3
	50	27	14	12

Von 76 (53) von diesen Streiks, von denen genauere Daten bekannt sind, waren 20 457 (8549) Personen betroffen. Am Ende des Monats waren 83 (34) in diesem Monate und 30 (14) ältere Streiks, von denen 6700 (8100) Arbeiter betroffen waren, nicht ausgeglichen.

Soziale Rechtspflege.

Heimarbeiter und Krankenversicherungspflicht. Daß auch diejenigen Personen, welche von den Gewerbetreibenden außerhalb ihrer Betriebsstätten beschäftigt werden, der Krankenversicherungspflicht unterliegen, ist eine sehr wichtige durch das Krankenversicherungsgesetz vom 10. April 1892 herbeigeführte Aenderung des Gesetzes betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter vom 15. Juni 1883. Umso mehr ist es zu bedauern, daß die Krankenkassen von diesen Aenderungen bislang noch keine Notiz genommen haben und daß alle Arbeiter und Arbeiterinnen, welche im eigenen Heim für andere Gewerbetreibende arbeiten, ihr Anrecht auf Mitgliedschaft bei den zuständigen Krankenkassen nicht geltend machen.

Durch § 2 Nr. 4 des Gesetzes vom 15. Juni 1883 waren vom Versicherungszwange allerdings ausgenommen und demselben nur durch statutarische Bestimmung zu unterstellen:

Personen, welche von den Gewerbetreibenden außerhalb ihrer Betriebsstätten beschäftigt werden.
Diese Ausnahme ist im neuen Krankenversicherungsgesetz vom 10. April 1892 durch einfaches Weglassen beseitigt, und diesem Umstande ist es auch wohl zuzuschreiben, daß sich die Krankenkassen um die Verpflichtung der Arbeitgeber, auch die außerhalb der Betriebsstätten Beschäftigten zu versichern, nicht gekümmert haben.

Eingehend zur Sprache kam obige Angelegenheit kürzlich in einer Sitzung des Bezirksausschusses, bei welchem die Stadt Berlin die Ortskrankenkasse der Schuhmacher wegen Begahlung von Kurkosten für einen im städtischen Krankenhause verpflegten und behandelten Schuhmacher verklagt hatte. Die verklagte Kasse verweigerte die Zahlung, weil der betreffende Schuhmacher bei

sich zu Hause — allerdings für einen anderen Schuhmacher — gearbeitet habe und bei der Kasse überhaupt nicht angemeldet sei.

Der Bezirksausschuß verurtheilte die Krankenkasse auf den eingangs angeführten Gründen zur Zahlung der Kurkosten, wobei der Vorsitzende ausdrücklich betonte, daß das Versicherungs-verhältnis rechtlich mit dem Vorhandensein des die Versicherungs-pflicht begründenden Thatbestandes perfekt, und nicht etwa erst durch die Anmeldung oder durch Beitragszahlung begründet werde; die Anmeldung habe nur eine ordnungspolizeiliche Bedeutung. Zum Schluß machte der Vorsitzende den Vertreter der Stadt Berlin noch darauf aufmerksam, daß es bei der großen Wichtigkeit der Angelegenheit wohl angezeigt wäre, wenn der Magistrat die Krankenkassen auf diese zur Sprache gekommene durch das Gesetz vom 10. April 1892 geschaffene Aenderung des alten Krankenkassengesetzes durch Zirkular hinweise.

Entschädigungsberechtigte können auch nach Ablauf der zweijährigen Frist Ansprüche auf Unfallsrente geltend machen, wenn sie glaubhaft darthun können, daß sie von der Verfolgung des Anspruchs durch anseherlich ihres Willens liegende Verhältnisse abgehalten worden sind. Eine diesbezügliche Bestimmung enthält § 59 des Unfallversicherungs-Gesetzes vom Juli 1884. Hinsichtlich der Anwendung dieser Bestimmung ist ein Fall von Interesse, den das Reichs-Versicherungsamt kürzlich erledigte. Eine Gemeinde, die ihrer Wegebaupflicht zu genügen hatte, beschäftigte mit dem Brechen und Verladen von Steinen auch einen gewissen Martin. Derselbe erlitt hierbei einen Unfall. Als sich die Folgen der erst nicht sehr beachteten Verletzung in unangenehmer Weise bemerkbar machten, wandte sich Martin an den Bürgermeister, sich zu erkundigen, wie es mit der Unfallanmeldung sei. Das Gemeindeoberhaupt hatte nun dergestalt zwar mit der Tiefbau-Vereinsgenossenschaft wegen der Versicherung der Steinträger u. Unterhandlungen angeknüpft, aber infolge eines Mißverständnisses von der thatsächlich erforderlichen Versicherung Abstand genommen. Der Verlust, welchen Martin erlitt, fiel dementsprechend aus, und veranlaßte denselben, die Vereinsgenossenschaft unbehelligt zu lassen. Nach geraumer Zeit theilte der Bürgermeister dem Martin mit, daß die Gemeinde jetzt der Genossenschaft Beiträge zahle und forderte ihn auf, nun nachzusehen, wie es mit einer Rente sei. Der Verletzte ließ sich das natürlich nicht zweimal sagen. Sein Rentenanspruch wurde jedoch wegen der inzwischen eingetretenen Verjährung zurückgewiesen. Das Schiedsgericht und das Reichs-Versicherungsamt hielten aber den Ausscheid der Vereinsgenossenschaft nicht für begründet, die Verurteilung des Klägers hatte Erfolg und der dagegen eingelegte Rekurs der Genossenschaft erlitt das Schicksal der Abweisung. Das Rekursgericht sprach aus, daß gerade in diesem Falle die an sich zu spät erfolgte Anmeldung des Unfalles im Sinne des § 59 des Gesetzes von 1884 entschuldigend erscheine, weil die vom Kläger und Rekursbeklagten in Anspruch genommene Behörde eben diejenige gewesen sei, welche die Versicherung der fraglichen Arbeiter in die Wege zu leiten hatte. Die Antwort des Bürgermeisters habe Martin als diejenige der besugten Autorität erscheinen müssen.

Geriichts-Beitrag.

Auf welchen Friedhöfen darf der Laie Grabreden halten? Den schlesischen Genossen Büchel und Wunder war ein großes Staatsverbrechen zur Last gesetzt worden, dasjenige nämlich, bei der Beerdigung eines verstorbenen Mitkämpfers am Grabe desselben eine „Rede“ gehalten und damit gegen die Negierungsverordnung vom 31. März 1855 verstoßen zu haben, nach welcher es nur Geistlichen gestattet ist, auf Kirchhöfen Reden vom Stapel zu lassen. Die Angeklagten hatten dem dahingegenommenen Bestimmungsgenossen thatsächlich nur ein kurzes Redebeiwort genügt. Während die Staatsanwaltschaft durch alle Instanzen die Auflassung vertrat, die Verordnung von 1855 bezog sich auf sämtliche Kirchhöfe, erkannten Schöffengericht, Strafkammer und Kammergericht unter der Begründung auf Freisprechung, daß von der Verordnung nur diejenigen mit kirchlicher Ordnung, nicht aber die der politischen Gemeinden gemeint seien, zu welcher letzteren der in Frage kommende Begräbnisplatz gehört.

Der Premierlieutenant a. D. Harry Wendling, ergebender Sekretär und Kalkulator in der physikalisch-technischen Reichsanstalt, zuletzt in Berlin wohnhaft, stand gestern vor dem Schwurgericht am Landgericht II, um sich wegen Verbrechen im Amte zu verantworten. Der Angeklagte wurde durch die Anklage beschuldigt, durch fortgesetzte Unterschlagungen den Fiskus um die Summe von 16 000 — 17 000 Mark geschädigt und außerdem in mehreren Fällen die seiner Führung anvertrauten Bücher gefälscht zu haben. Aus der Untersuchungshaft vorgeführt, in welcher sich Angeklagter seit Mitte Juli d. J. befindet, legte derselbe ein volles Geständniß ab und schilderte die Art und Weise, wie er zum Verbrecher geworden sei, in folgender Weise: Er sei früher Offizier gewesen, habe den französischen Krieg mitgemacht und das eiserne Kreuz zweiter Klasse erhalten. Nach dem Kriege habe er im 56. Regiment weitergedient und sei Premierlieutenant geworden. Die aus der Kriegszeit stammenden rheumatischen Leiden zwangen ihn jedoch, im Jahre 1881 seinen Abschied zu nehmen. Er erhielt nur 600 Mark Pension pro Jahr und mußte sich einen anderen Erwerb suchen. Er bewarb sich bei allen Staatsbehörden um eine Anstellung, im ersten Jahre konnte er nirgends ankommen, im zweiten Jahre erhielt er Beschäftigung, doch nur mit einem Monats-Einkommen von 75 M. Um eine feste Anstellung mit besserem Gehalt zu bekommen, ging er von einer Behörde zur anderen, bis er endlich am 1. April 1880 in der physikalisch-technischen Reichsanstalt angestellt wurde, anfangs mit einem Gehalt von ca. 2500 M. (inkl. Wohnungsgeld-Zuschuß), zuletzt mit ca. 3600 M. Im November 1883 habe er die Unterschlagungen begonnen. Er hatte die Bücher zu führen und die Gelder einzuziehen bezw. zu vereinnahmen, welche vom Publikum für die amtliche Prüfung von optischen und physikalischen Instrumenten zu zahlen waren. In jedem solchen Falle erhielt er eine Anweisung mit der Angabe des Betrages, welchen er in seine Bücher unter „Soll“ einzutragen hatte. Zahlten die Auftraggeber die Gebühren freiwillig oder mußte er die Einziehung bewerkstelligen lassen, hatte er die eingegangene Summe unter „Zu“ zu buchen. Die Unterschlagungen hatte er nun in der Weise verübt, daß er zahlreiche Beträge weder unter das „Soll“ noch unter das „Zu“ buchte und die Gelder einfach in seine Tasche gleiten ließ. Das war ihm um so leichter möglich, als er nur allwöchentlich die vereinnahmten Gelder abzuliefern hatte und der abnehmende Revisor nur die unter „Zu“ eingetragenen Beträge notierte und damit das abgelieferte Geld verglich. Eine weitere Kontrolle fand kaum statt. Erst zu Anfang d. J. wurde eine andere Einrichtung getroffen. Angeklagter mußte das „Soll“ unter Aufsicht des Direktors ausfüllen, doch nun fälschte der Angeklagte die Bücher, indem er die eingetragene Zahl reduzierte, z. B. aus einer dreistelligen nur eine zweistellige Zahl machte. Diesen verkleinerten Betrag trug er dann auch unter „Zu“ ein, und die Differenz fiel wieder in seine Tasche. Der Angeklagte gab auf Befragen des Präsidenten, Landgerichtsdirektor Magnus, an, er habe mit den unterschlagenen Summen einen Theil der Schulden gedeckt, die er als Offizier gemacht hatte, der Vorsitzende hielt ihm aber vor, daß er sehr verschwenderisch gelebt und namentlich mit Damen und in Lokalen mit Damenbedienung viel Geld verbraucht hat, was der Angeklagte nicht völlig bestritten konnte. Die Geschworenen votierten im Sinne der Anklage für schuldig, sie verneinten auch die Frage nach mildernden Umständen und demgemäß lautete das Urtheil auf vier Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust.

Tokales.

Die Erwahlten zur Stadtverordneten-Versammlung finden statt für die dritte Abtheilung Dienstag, den 5. November, für die zweite Abtheilung Mittwoch, den 6. November und für die erste Abtheilung Donnerstag, den 7. November. Als Neuere ist, wie die „Volk-Zeitung“ meldet, durchgängig eine Theilung der zweiten Abtheilung eingeführt worden, um die räumliche Ausdehnung der Wahlbezirke zu beschränken. Auch die dritte Abtheilung werde in zwei oder mehr Distrikten wählen, die unter Vermeidung früher gemachter Fehler diesmal durch die zusammenliegenden Stadtbezirke gebildet seien.

Wie man in Byzanz Kirchen baut. In der konservativen Wochenchrift „Sozialreform“ finden wir aus der Feder des Herrn v. Gerlach einen ganz erbaulichen Artikel, der diese Ueberchrift trägt.

Die ursprünglich völlig freiwilligen Sammlungen für die dem Andenken des alten Kaisers geweihte Kirche brachten“, so schreibt Herr v. Gerlach, — „zur Schande des evangelischen deutschen Volkes sei es gesagt! — nur klägliche Erträge. Da berief der Oberhofmeister der Kaiserin die Berliner Kollektanten und hielt ihnen eine kleine, eindringliche Rede. Es handelte sich darum, möglichst viel Geld zusammenzubringen. Wenn sie auch Juden und Katholiken aufsuchten und von ihnen Geld bekämen, so schade das nichts. Die Kollektanten ließen sich das natürlich nicht zweimal sagen. Ich habe damals — es war Anfang 1893 — eine Reihe von Fällen festgestellt, wo sie an die Thüren wohlhabender Juden Gaben heischend anklopften. Theils bekamen sie in der That Geld, theils wurden sie unfaust aus der Wohnung gewiesen. Jedenfalls ist ein ganz Theil „unchristliches“ Geld — der offizielle Kirchenbaubericht, den Herr v. Mirbach übrigens auch dem „Berliner Tageblatt“ der Herren Mosse und Leysohn hat zugeben lassen, spricht euphemistisch von „50 000 M. Beiträgen der Nichtprotestanten“ — dem Kirchenbaufonds aus diesen Bemühungen zugeflossen. Einer der ersten Geldspender soll der in Berlin wohlbekannte Herr Goldberger gewesen sein.“

Auch die sonstigen Bemühungen, Geld auf jeden Fall zusammenzuholen, werden anschaulich geschildert:

„Ein Landrath der Provinz Sachsen erzählte mir, man hab ihm „von oben“ nahe gelegt, seinen Kreisstag dazu zu bringen aus den lex-Huene-Geldern einen beträchtlichen Betrag für den Kirchenbau zu gewähren. Natürlich müßte dies unter der Hand geschehen, d. h. ohne die Quelle anzugeben, aus der man die Gelder schöpfe, da nach der lex Huene jede andere Verwendung dieser Gelder als für Schulen, Armen- und Gemeindegewerkschaften unzulässig sei.“ Das ist ja sehr niedlich!

Auch die Art, wie Herr v. Mirbach seinem Jorn gegen die Zeitung „Das Volk“ freien Lauf ließ, als diese am 17. Mai 1893 einen großen Theil derartiger Machenschaften aufgedeckt hatte, wird an drastischen Beispielen dargestellt:

Zwei Geisliche einer Berliner Vorortgemeinde kamen zu Freiherrn v. Mirbach, um ihn für die kirchlichen Bedürfnisse ihres riesig anschwellenden, von der Sozialdemokratie völlig beherrschten Dorfes zu interessieren. Auf einmal, wiederum ohne jeden Anlaß, sang der Herr Oberhofmeister an, gegen die eigentlichen Verleumdungen des „Volks“ zu polemisieren. Der eine der beiden Geislichen ist ein Mitarbeiter des „Volks“. Er mußte sich weigern, um nicht seiner Gemeinde das Wohlwollen der auf kirchlichem Gebiete übermächtigen Persönlichkeit zu entziehen.“

Ein recht mannhafter Verkünder von „Gottes Wort“! Besonders schmerzt es Herrn v. Gerlach natürlich, daß Herr v. Mirbach sich der Kirche wegen an Singer, den „unangenehmsten Typus der Sozialdemokraten“, gewandt hat.

Schon im vorigen Jahre hörte ich in angesehenen politischen und kirchlichen Kreisen diese Nachricht besprechen, die übrigens nur Ueberschwenglichkeiten der Kaiserin zu dem sozialdemokratischen Hauptling in dem Augenblicke bekannt wurden, als von höchster Stelle alle guten Deutschen zum Kampfe gegen die vaterlandslose Rottke aufgerufen wurden, deren Führer eben dieser Singer ist. Raum hatte der „Vorwärts“ seine schamlosen Beschimpfungen des alten Kaisers verübt, da konnte er urbi et orbi verkünden, daß man seinen Chef, einen republikanischen, atheistischen Juden, um die Förderung der dem Andenken des alten Kaisers gewidmeten Kirche ersucht habe. Alle guten Deutschen sollen zusammenstehen im Kampfe gegen die Sozialdemokratie. Aber einer der höchsten Hofbeamten durfte mit dem obersten der Sozialdemokraten unterhandeln. Es ist für das deutsche Volk sehr schmerzlich, zu wissen, daß dem Kaiser die „That“ des Herrn v. Mirbach unbekannt geblieben ist. Denn daß er nicht davon weiß, geht daraus hervor, daß aus Anlaß der Einweihung der Kaiser Wilhelm Gedächtniskirche dem Freiherrn v. Mirbach das Kreuz und der Stern der Komture des Hausordens von Hohenzollern verliehen worden ist.“

Wir sind Herrn v. Gerlach sehr verbunden für die Klame, die er für den „Vorwärts“ macht. Doch das nebenher. Hören wir den gut konservativen und kaisertreuen Mann weiter:

„Eine eigene Ironie der Thatsache wollte es, daß die Beziehungen des Oberhofmeisters der Kaiserin zu dem sozialdemokratischen Hauptling in dem Augenblicke bekannt wurden, als von höchster Stelle alle guten Deutschen zum Kampfe gegen die vaterlandslose Rottke aufgerufen wurden, deren Führer eben dieser Singer ist. Raum hatte der „Vorwärts“ seine schamlosen Beschimpfungen des alten Kaisers verübt, da konnte er urbi et orbi verkünden, daß man seinen Chef, einen republikanischen, atheistischen Juden, um die Förderung der dem Andenken des alten Kaisers gewidmeten Kirche ersucht habe. Alle guten Deutschen sollen zusammenstehen im Kampfe gegen die Sozialdemokratie. Aber einer der höchsten Hofbeamten durfte mit dem obersten der Sozialdemokraten unterhandeln. Es ist für das deutsche Volk sehr schmerzlich, zu wissen, daß dem Kaiser die „That“ des Herrn v. Mirbach unbekannt geblieben ist. Denn daß er nicht davon weiß, geht daraus hervor, daß aus Anlaß der Einweihung der Kaiser Wilhelm Gedächtniskirche dem Freiherrn v. Mirbach das Kreuz und der Stern der Komture des Hausordens von Hohenzollern verliehen worden ist.“

Herr v. Gerlach hat ein kindliches Gemüth. Zum Schluß faßt der noch aufrichtig religiöse Herr seinen Schmerz in folgender Betrachtung zusammen:

„Ein Berichterstatter hat die wenig harmonischen Töne erwähnt, die das nach ungewohnter Geläut der prächtigen Glocken der Kaiser Wilhelm Gedächtniskirche am Einweihungstage den Wälfen des Zoologischen Gartens einflößt habe. Wolte Gott, daß die Geschichte dieser Kirche keine schlimmeren Dissonanzen aufzuweisen gehabt hätte.“

Angefaßt der trostlosen Klammernisse, die Herrn v. Gerlach durch die Schädlichkeit seines evangelischen Volkes bereitet worden sind, wollen wir ihm die paar ruppigen Ausfälle gegen die Sozialdemokratie gern zu gute halten.

Warum sind auch die zahlungsfähigen evangelischen Christen so elende Geizkragen, wenn Herr v. Mirbach einige Mark zum Kampfe für Ordnung, Religion und Sitte von ihnen haben will?

Dämmert vielleicht gar selbst in diesen Kreisen und bei den frommen Kommerzienräthen u. die Erkenntnis auf, daß doch kein Mittel mehr nützt, dem Volke „die Religion“ zu erhalten?

Bevorzugung von Offizieren auf der Pferdebahn.

Der „Berl. Btg.“ wird geschrieben, auf der Strecke nach Ziegel unterbleibe Offizieren gegenüber die Bilettkontrolle, während sie jedem Privatisten gegenüber streng durchgeführt werde. Die Frage eines Passagiers nach den Gründen dieses Verfahrens sei wieder vom Kontrolleur noch vom Kondukteur beantwortet worden. — Diese Klage erinnert uns an eine ähnliche, die vor drei Jahren in der Presse auftauchte. Offiziere sollten — soweit wir uns erinnern, war es gleichfalls auf der Ziegeler Linie — die wegen des Schießplatzes viel von Offizieren benutzt wird — als Ueberzählige aufgestiegen und vom Kondukteur nicht zurückgewiesen worden seien. Auch damals wurde, wie es jetzt in der oben erwähnten Zuschrift an die „B. B.“ geschieht, die Frage erörtert, ob etwa eine Bestimmung der Direktion bestünde, Offiziere anders zu behandeln als gewöhnliche Sterbliche, oder ob es sich nur um angebrachten Respekt der Kondukteure handle. Jemand, der sich darüber Gewißheit verschaffen wollte, fragte bei der Direktion schriftlich an und erhielt den Bescheid, „daß die Schaffner die Dienstvorschriften auf alle Fahrgäste gleichmäßig anzuwenden haben.“ Bezüglich des Verhaltens der Kondukteure würde die Antwort wahrcheinlich ebenso lauten. Dann würde es sich also nur um eine besondere, aber instruktionswidrige Coulang der Kondukteure und Kontrolleure handeln. Man darf jedoch vermuten, daß diese Dienstvorschriften - Verletzung von „oben“ nicht ungerne geschehen wird. Die Benutzung der Pferdebahn durch Offiziere (die z. B. den ordinären Omnibus nie benutzen und, wenn wir nicht irren, auch nicht benutzen dürfen) ist für die Pferdebahngesellschaft sehr werthvoll. Sie hebt die Pferdebahn auf ein „höheres“ Niveau, indem sie ihr in den Augen des „soliden Bürgertums“ den Charakter eines „vornehmeren“ Beförderungsmittels verleiht. Deshalb thut man den Beamten der Pferdebahn vielleicht doch Unrecht, wenn man annimmt, daß sie nur aus angebrachtem Respekt die Offiziere instruktionswidrig höflich behandeln. Pferdebahnbeamte dürften kaum den Muth finden, Instruktionswidrigkeiten zu begehen, die nicht — erlaubt sind. Die Bevorzugung der Offiziere mag für manchen Privatisten verlegend sein. Aber die Mehrzahl der Berliner Epiehbürger, die sofort den patriotischen Koller bekommen, wenn sie eine Uniform sehen, fühlt sich ganz kolossal dadurch geehrt, daß die Offiziere die Pferdebahn benutzen, und dürfte den Kondukteuren und Kontrolleuren sowie der Direktion der Pferdebahn eher dankbar dafür sein, daß sie bestrebt sind, dem Publikum die Freude zu erhalten.

Städtisches Obdach. — I. Familien-Obdach.

Im Verwaltungsjahr 1894/95, über das jetzt der Magistratsbericht vorliegt, wurden im Familien-Obdach 1792 Familien mit 6004 Köpfen und 2096 Einzelpersonen, zusammen 8100 Obdachlose verpflegt, gegen 1952 Familien mit 6656 Köpfen und 1834 Einzelpersonen, zusammen 8490 Obdachlose in 1893/94. Den Frequenzrückgang erklärt der Bericht aus der Minderaufnahme russischer Auswanderer und aus dem am 1. Oktober 1894 in kraft getretenen Gesetz, das dem Vermieter nicht mehr gestattet, dem zahlungsunfähig gewordenen und daher ermittelten Mieter selbst das Anrecht befristet zurückzubehalten. Von der „strengeren Handhabung der Geschäfts-Ordnung“, die im vorigen Bericht als Mittel zur Herabminderung der Frequenz gepriesen wurde, wird diesmal geschwiegen. Doch ist diese „Maßnahme erzehlicher Natur und Absicht“, wie sie damals genannt wurde, schwerlich schon wieder beseitigt; der Bericht würde sich sonst wahrscheinlich darüber äußern. Die Unkontrollirbarkeit des Einflusses dieser Maßregel erschwert leider die Vergleichung der Frequenzen der letzten Jahre. Will man eine solche trotzdem versuchen, so muß man nicht nur die russischen Auswanderer ausschließen, die für die Beurtheilung des Umfangs der in Berlin herrschenden Obdachlosigkeit nicht in betracht kommen können, sondern auch die bis 1893/94 als Kalkulatoren im Obdach beschäftigt gewesenen Arbeitshäuser. Dann ergibt sich für 1893/94 eine Frequenz von 7850 Personen mit 85 505 Verpflegungstagen, pro Tag durchschnittlich 234 Personen, pro Person durchschnittlich 11 Verpflegungstage; für 1894/95 eine Frequenz von 7894 Personen mit 80 295 Verpflegungstagen, pro Tag durchschnittlich 220 Personen, pro Person durchschnittlich 10 Verpflegungstage. Die Zahl der überhaupt Verpflegten war also 1894/95 noch größer als 1893/94. Aber man hat die Ausgenommenen kürzere Zeit im Obdach behalten, man hat sie also wahrcheinlich noch mehr als im Vorjahre „angehalten“, das Obdach nicht als eine Versorgungshütte für die Dauer, sondern nur während augenblicklicher Noth als Durchgang zu erneuter selbständiger Verwerthung der eigenen Arbeitskraft zu betrachten“, wie der vorige Bericht so schön sagt. Dadurch ist aber die durchschnittliche Tagesfrequenz und auch die Gesamtzahl der Verpflegungstage erheblich vermindert worden. Die Frequenz-Verhältnisse lagen also 1894/95 keineswegs so günstig, wie sie sich im Bericht auf den ersten Blick präsentiren. Die übrigen Angaben des Berichts über Geschlecht, Alter, Beruf, Vertheilung auf die Monate u. werden entwerthet, und ihre Vergleichung mit den Angaben des Vorjahres wird verhindert dadurch, daß die Russen nicht gesondert behandelt sind und daß ihre Zahl, sowie ihr Antheil an der Gesamtzahl 1894/95 viel geringer war als 1893/94 (216 = 2 7/8 pCt. gegen 640 = 7 1/2 pCt.). Nach Nationalität bzw. Geburt waren 1894/95 unter den 7894 Nicht-russen 7832 Deutsche, darunter 7656 Preußen, und unter diesen 8842 Berliner, das heißt in Berlin Geborene, was nicht ausschließt, daß die meisten der 4000 anderen Deutschen ebenfalls seit langem in Berlin wohnten. In 1294 von 1792 verpflegten Familien war ein Vater vorhanden, (der jedoch nur in 622 Fällen mit aufgenommen wurde), darunter waren 564 „Arbeiter“ (ohne nähere Angabe), 666 „Handwerker“ (wohl meist Gehilfen), 56 Kaufleute u. 7 Beamte u. 1 Almosenempfänger. Unter 2096 verpflegten Einzelpersonen waren 1393 Männer, unter diesen 482 „Arbeiter“, 718 „Handwerker“, 95 Kaufleute u. 29 Beamte u. 39 Almosenempfänger u. (Doch beziehen sich diese Berufsangaben, wie gesagt, auch auf die Russen mit.) Obwohl es der Arbeiterbevölkerung angeblich so sehr gut geht, sind es einwillen immer noch die Arbeiter und Handwerker, die das Obdach füllen.

Die reichsten Staatsstufen sind, wie in gemein bekannt, im Punkte pekuniärer Leistungsfähigkeit oft von recht zweifelhaften Kalibern. Ein an sich unbedeutender, aber dennoch recht charakteristischer Belag für diese Eigenthümlichkeit, durch die viele Männer der Ordnung sich sehr unvorthelhaft von der revolutionären Rottke armer Arbeiter unterscheiden, wird uns aus Spröttau zugeföhrt. Es ist dies eine Druckfache folgenden Inhalts:

In der am 30. September 1893 vom Gesamtvorstand der reichsten Parteien des Wahlkreises Sagan-Spröttau zu Sagan abgehaltenen Sitzung ist beschlossen worden, fortan von den Parteigenossen jährlich feste Beiträge zur Wahlkasse zu erheben. Cw. P. P. werden zum dritten Mal ergebenst ersucht, für das Kalenderjahr 1895 einen Jahresbeitrag von 0.50 M. gefälligst binnen 14 Tagen an den Kassensührer des Vereins, Herrn Kreisassessor u. Sekretär Glanz, einzusenden zu wollen. Spröttau, den 1895. Der Vorstand des Vereins der reichsten Parteien. J. A.: Graf Stofch. Um einen Jahresbeitrag von fünfzig Pfennigen drei Mahnschreiben! Organisationen, deren Mitglieder einen dreier

geringen Pflichteifer bekunden, maßen sich an, die sozialdemokratische Partei zu vernichten, deren Anhängerschaft trotz des Glanzes, in dem sie lebt, bislang geradezu beispiellose Beweise opfermüthiger Pflichterfüllung gegeben hat. Schämten sollten sich die reichstreuen Mastbürger.

Die Einschränkung des Retentionsrechtes des Vermiethers, die seit 1. Oktober 1894 besteht, bezeichnet der neueste Magistratsbericht über das städtische Obdach als vorthelhaft für die Stadtgemeinde. Ermittelte Familien seien nun nicht mehr genöthigt, von allen Sachen entläßt das Obdach aufzusuchen, sondern könnten in Besitze ihrer Mobilien eher eine neue Wohnung finden. Die Unvollständigkeit des Berichtes, der obdachlose Berliner und obdachlose russische Auswanderer durcheinander wirft, gestattet nicht, genau zu ermitteln, wie weit die obige Behauptung durch die Obdach-Frequenz seit Oktober 1894 bestätigt wird. Da jedoch vom 2. März 1895 ab keine Russen mehr im Obdach verpflegt worden sind, so läßt sich feststellen, daß wenigstens in diesem Monat noch nichts von einer günstigen Wirkung des das Retentionsrecht einschränkenden Gesetzes zu merken gewesen ist. Es wurden vom Familien-Obdach im März 1894 (nach Abrechnung der Russen und der als Kalkulatoren beschäftigten Arbeitshäuser) 7604 Verpflegungstage, dagegen im März 1895 8858 Verpflegungstage geleistet. Auch in den Miethsunterstützungen an entlassene Obdachlose kommt die behauptete Besserung nicht zum Ausdruck. 1893/94 wurde für 2674, 1894/95 für 2915 entlassene Familien oder Einzelpersonen die erste Mieth bezahlt. Dagegen hat sich allerdings die Zahl der Fälle bedeutend vermindert, in denen die wegen Miethrückstand einbehaltenen Sachen durch das Obdach ausgelöst werden mußten, von 310 auf 203. Andererseits ist die Zahl der von Obdachlosen mitgebrachten Möbel und Kleidungsstücke bedeutend gestiegen. Bei Befreyung der Retentionsfrage weist übrigens der Bericht auf einen Umstand hin, der das Berliner Hausagrarerthum in einem eigenartigen Lichte erscheinen läßt. Das Gesetz habe auch dem Treiben derjenigen Hauswirthe ein Ziel gesetzt, die notorisch mit Vorliebe an solche Familien vermieteten, welche eben aus dem Obdach kamen. Zweck dieses ungewöhnlichen Verfahrens sei gewesen, diese Familien unter Einbehaltung ihrer Sachen nach kurzer Zeit wieder zu ermitteln, worauf dann die Obdach-Verwaltung, um die Sachen wieder herauszubekommen, die Mieth zu zahlen hatte. Das heißt: Die Obdachlosen mußten dazu dienen, den Hausbesitzern den ausgefallenen Miethbetrag ihrer unvermietet gebliebenen und wegen schlechter Beschaffenheit wahrscheinlich oft überhaupt unvermietbaren Wohnungen durch unfreiwillige Vermittelung der Obdach-Verwaltung zu verschaffen. Eine saubere Gesellschaft!

Junngewerke. Bekanntlich ist von den Sattlergehilfen eine Petition an die verschiedenen deutschen Kriegsministerien gerichtet worden, in welcher unter eingehender Begründung ersucht wird, bei Vergebung von Militärarbeiten die Unternehmer, welchen Lieferungen übertragen werden, zu verpflichten, die betreffenden Arbeiten nur in eigenen Werkstätten anfertigen zu lassen, dieselben aber nicht an Hausindustrielle oder Heimarbeiter zu vergeben. Wir wir nun erfahren, bereitet die Sattler-, Riemen- und Tischner-Junngewerke eine Gegenpetition vor, welche begehrt, die Kriegsministerien zu veranlassen, die Petition der Sattlergehilfen abzulehnen. Die kulturfeindlichen Bestrebungen der Junngewerke offenbaren sich hier wieder offenkundiger Weise.

Die Herren Zwischenmeister der Konfektionsbranche scheinen es auf den Kadav abgesehen zu haben, nachdem sie gemerkt haben, daß man ihnen ernstlich zu Leibe zu gehen gewillt ist und es mit ihrer Fettbäckigkeit etwas windig zu werden anfängt. Erst lehthin halten wir Gelegenheiten, über einen Strauß zu berichten, denn diese Herren mit einer hiesigen Konfektionsfirma ob deren Einrichtung einer Betriebswerkstätte in „etwas lebhafter“ Weise ausfachten und bereits wieder können wir über eine Kadav-Versammlung berichten, wie sie seit langer Zeit in Berlin nicht mehr gesehen worden ist. Es war am Montag bei Keller in der Kopenstraße, wohin die Agitationskommission der Arbeiterinnen der Konfektionsbranche eine Versammlung einberufen hatte, um gegen das Vorgehen des Vereins der Konfektions-Schneidermeister Stellung zu nehmen. Die in ihren Interessen bedrohten Zwischenmeister waren in hellen Haufen erschienen und ließen sich auch hier die willkommenen Gelegenheiten nicht entgehen, thätigst ihre „Interessen zu wahren“. Wie die Herren dies auffassen, das lehrte der mordsmähige Kadav, den sie in der Versammlung vollführten, sowie etliche Prügelzenen, welche sie arrangirten. Augencheinlich sind sie Freunde von schlagenen Beweisen und mancher Konfektionsarbeiter und manche Näherin soll in dieser Beziehung in etlichen „Schneiderbuden“ schon recht eigenthümliche Erfahrungen gemacht haben. Die Allerweltshelferin, die Polizei, mußte schließlich auch hier wieder helfen und dem Schneiderkampfe ein Ziel setzen. — Netze Ordnungskämpfer, diese Herren!

Ueber die geplante Verlegung der Sternwarte nach dem Grunewald wird berichtet: Das für die Gewerbe-Ausstellung 1896 angefertigte Riesen-Fernrohr soll nach Schluß der Ausstellung nach der Kolonie Grunewald kommen. Auf dem Forstacker der Kolonie wird ein großer Kuppelbau errichtet, dessen Ausführung durch zahlreiche freiwillige Beiträge der dortigen Willensbesitzer gesichert ist. Auf diesem Bau wird das Riesen-Fernrohr Platz finden. Dieser Plan ist nur der Anfang eines weitergehenden Planes, für dessen Verwirklichung der Direktor der Berliner Sternwarte, Geheimrath Prof. Dr. Förster, eintritt und der darauf hinausläuft, die Berliner Sternwarte nach der Kolonie Grunewald zu verlegen. Diese Verlegung ist schon längst ein Wunsch der maßgebenden wissenschaftlichen Kreise, um das Institut aus dem Bereich der Stadt und den die astronomischen Beobachtungen erschwerenden Dünsten und Erschütterungen des großstädtischen Verkehrs zu entfernen.

Von der Ringbahn wird geklagt, daß in vielen Wagenabtheilen noch der alte Situationsplan ausfährt, auf dem die längst dem Verkehr übergebenen neuen Haltestellen Prenzlauer Allee und Landsberger Allee nicht verzeichnet sind. Da eine Rehpennig-Fahrtkarte bekanntlich für fünf hintereinander liegende Stationen gilt, so kann das Publikum leicht in Ungelegenheiten gerathen, wenn es in gutem Glauben sich nach dem alten Plan richtet und nicht die Haltestellen zählt. Für Uebertretungen haben die Bahnpolizei-Beamten wahre Luchsaugen. Dann soll aber in erster Linie dafür gesorgt werden, daß nicht die Bahneinrichtungen selbst das Publikum zu Irrungen verführen.

Viehwagen als Personbeförderungsmittel sind nach berühmten Mustern auch bei der bekanntlich von der Nordbahn abzweigenden Linie Berlin-Ziegel-Cremmen in Gebrauch. Die eisernen Ringe, an denen das Vieh befestigt wird, sind eine unerschöpfliche Quelle des Berliner Witzes, der seinen Höhepunkt erreicht, wenn Station Dalldorf in Sicht kommt. Galgenhumor! Entsprechend ist auch die Beleuchtung; in Glasbehältern brennen wirkliche — Talglöcher. Bei starkem Verkehr ist das Publikum ja schließlich froh, wenn es nur mitkommen kann; aber eine andere Frage ist die, ob der Preis der dritten Wagenklasse mit so elenden Beförderungsmitteln in Einklang steht. Die Viehwagen finden sich selbst bei schwachem Verkehr eingestellt; aus

der Noth wird also offenbar die Regel gemacht. Wenn nicht alles trägt, ist die Rückverlegung des Personenverkehrs von der Bernauerstraße nach dem Stettiner Bahnhof beschlossene Sache. Hoffentlich werden damit auch die Viehwagen als Personenbeförderungsmittel von der Nordbahn verschwinden.

Im Alter von 99 Jahren 5 Monaten und 9 Tagen ist am 23. d. M. die Schriftstellerin Frau Mähling, die Mutter des bekannten Hofiers Unter den Linden, in ihrer in der Mittelstraße belegenen Wohnung gestorben. Die Greisin, die am 15. April d. J. ihren 99. Geburtstag erlebte, feierte denselben unter Anrechnung des Tages der Geburt als „hundertsten“ mit der Motivierung: „Ich will meinen 100. Geburtstag feiern und weiß doch nicht, ob ich noch ein Jahr lebe!“ — Die hochbegabte Frau, die Uebersetzerin des Scriba'schen Lustspiels „Frauenkampf“ und anderer französischer Autoren, vermählte sich als kaum Siebzehnjährige mit dem Tenoristen Mühlberg. Es war ihr vergönnt, mit dem Gatten die diamantne Hochzeit zu begehen. Kurz vor ihrem Tode schrieb die Hundertjährige, wie berichtet wird, noch Briefe, verfertigte Räthsel, kurz, sie war von solcher lebendigen Frische, daß jedermann, der ihre Unterhaltung genoss, von der Liebenswürdigkeit der Greisin entzückt war. Vor einigen Tagen erkrankte Frau M. an Brustdrüsenkatarrh, der trotz der sorgfältigsten ärztlichen Pflege einen mit rascher Schnelligkeit eintretenden Kräfteverfall zur Folge hatte, sodas am Montag Morgen der Tod erfolgte.

Prof. Dr. von Bardeleben, Direktor der chirurgischen Klinik der Charité, ist in dem hohen Alter von 78 Jahren gestern, Dienstag, Nachmittag in seiner Wohnung in der Friedrich-Wilhelmstraße 2a gestorben. Heinrich Adolf von Bardeleben ist am 1. März 1819 zu Frankfurt a. O. geboren und wirkte, nachdem er in Berlin, Heidelberg und Paris studirt hatte, seit 1843 zunächst als Assistent und Professor am physiologischen Institut in Gießen, wo er sich auch an der Universität als Privatdozent habilitierte. 1848 zum außerordentlichen Professor ernannt, folgte er schon im nächsten Jahre einem Rufe an die medizinische Fakultät zu Greifswald, wo er die ordentliche Professur für Chirurgie übernahm und die chirurgische und augenärztliche Klinik leitete. Bald nach seinem Amtsantritt übernahm er auch als deren Direktor den Vorsitz in der medizinischen Prüfungskommission der Universität. Zwanzig Jahre lang hat der Bestorbene in Greifswald seines Amtes gewaltet, bis er 1868 auf den Ruf nach Berlin für Chirurgie an die Friedrich-Wilhelms-Universität und als Direktor der chirurgischen Klinik in der königlichen Charité nach Berlin berufen wurde, wo er bis zu seinem Ableben wirkte.

In dem neuen Arbeiterviertel von Spandau, das infolge der vielen Entlassungen in den Militärwerkstätten stark entleert worden ist, hat Sonnabend Abend wieder ein umfangreicher Brand gewüthet, der den Dachstuhl und das obere Stockwerk eines großen Wohnhauses zerstörte. In große Lebensgefahr geriethen dabei Oberbürgermeister Koelke und mehrere andere Personen. Am Material zur Ermittlung des Brandursachers, denn zweifellos liegt wieder böswillige Brandstiftung vor, zu beschaffen, wollte sich der Polizeichef mit Feuerwehrlenten und Polizeibeamten noch nach dem Dachboden begeben, wo das Feuer ausgebrochen war. Als sie oben angekommen waren, brachen die Flammen plötzlich durch. Alles eilte in wilder Flucht die Treppen hinab; ein Feuerwehrcmann kam dabei zu Fall und zog sich eine schwere Verletzung am Kopfe zu.

In einer Mutterheilanstalt muß ein Dienstmädchen untergebracht gewesen sein, über welches ein Berichtskatter folgendes meldet: Schwer leidend brach am Montag gegen 4 Uhr das Dienstmädchen Emma Kisch in der Karstraße nahe der Friedrichstraße vor Schwäche auf dem Pflaster zusammen. Vorübergehende nahmen sich der Leidenden an. Das Mädchen konnte sich nur schwer verständlich machen. Soviel ging aus seinen Mittheilungen hervor, daß es in einer Krankenanstalt eine ärztliche Operation durchgemacht habe und wenige Stunden später wegen Plahmangesels von dort entlassen worden sei. Näheres war nicht zu ermitteln, auch die Art der Operation konnte nicht festgestellt werden, da die Kranke die Besinnung verlor und bisher nicht wieder vernehmungsfähig geworden ist. Das Publikum äußerte sich über die Härte, die in dem von dem Mädchen behaupteten Verfahren läge, nicht gerade billigend und sorgte dafür, daß die Leidende wieder in ein Krankenhaus gebracht wurde.

In der königlichen Fabrik für ranchloses Pulver in Spandau war anfangs, wie wir früher bereits mittheilten, der Betrieb ungemein gesundheitschädlich. Die Arbeiter, welche viel mit den zur Bereitung des Pulvers dienenden Säuren zu hantiren hatten, wurden besonders stark mitgenommen. Die Leute bekamen eine erbsafte Gesichtsfarbe und verloren die Zähne. Nach und nach ist es den Technikern gelungen, mittels eines Kostenaufwandes von einer halben Million Mark Einrichtungen zu treffen, durch welche dem Betriebe die Gefahr für die Gesundheit der Arbeiter genommen sein soll.

In Oranienburg ist am Sonntag vor acht Tagen ein katholisches Fest, nämlich die Einweihung einer neuen Kirche abgehalten worden. Hat diese Feier an sich, so wird uns geschrieben, die Oranienburger auch nicht besonders angeregt, so ist ein Umstand von den ortseingewohnten Gastwirthen doch über bemerkt worden. Von den katholischen Vereinen, die aus Berlin gekommen waren, hatte nämlich einer einen stiegenden Publikum aus der Ackerstraße mitgenommen und somit den Verdienst, den die Oranienburger Wirthe aus dem Verkaufe geistiger Getränke zu erzielen hofften, ziemlich geschmälert. Darob einige Entrüstung unter den Restaurateuren. Bei der Heimkehr passirte dem Leiter eines Berliner Jünglingsvereins leider das Malheur, ein größeres Schaufenster einzuschlagen. Der Mann, der das Unglück anrichtete, soll selber keine Verletzungen erlitten haben.

Durch ein zerbrachenes Weichbierglas kam vor einigen Tagen der Buchdrucker Wilhelm Maser aus der Urbanstraße 83 schwer zu Schaden. Das Glas hatte einen großen Sprung von oben nach unten, wurde aber von dem Wirth trotzdem weiter gebraucht. Als nun Maser seine Weibe ansah, brach das Glas vollends entzwei. Dabei glitt Maser's Hand derartig in den einen scharfen Rand hinein, daß ihm der Daumen bis auf den Knochen abgelöst wurde. Er erlitt einen so starken Blutverlust, daß er ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. Diese Anstalt, beschädigte Gläser zu verwenden, wird bekanntlich viel von sparsamen Wirthen geübt.

Keine Hinrichtung in Sicht? Ein hiesiger Gerichts-Berichtskatter meldet: Wie aus amtlicher Quelle mitgetheilt wird, soll gegen einen hiesigen Berichtskatter ein Ermittlungsverfahren eingeleitet werden, um festzustellen, auf welchem Boden die Entschuldigete worden ist, daß der Kaiser das Gnadengesuch des Schlächtergesellen Otto Müller abgelehnt habe und demgemäß die Hinrichtung des Müller unmittelbar bevorstehe. Von Müller soll gar kein Gnadengesuch eingereicht sein. Auch wir hatten die Nachricht aus einem bürgerlichen Blatt entnommen.

Einen tödtlichen Ausgang hat der erste Unfall auf der elektrischen Straßenbahn zwischen dem Gesundbrunnen und Pankow genommen. Die dreijährige Adelheid Bräter, die am 21. d. M. mittags um 12 Uhr in der Prinzenallee von einem Wagen der Bahn überfahren und in das Kaiser und Kaiserin Friedrich-Krankenhaus an der Reinickendorferstraße gebracht worden war, ist dort inzwischen an einem Bruch der Schädelbasis gestorben.

Verbal mißhandelt hat am Sonntag Abend ein Zubehälter seine frühere Geliebte, weil sie nichts mehr von ihm wissen wollte. Die 24 jährige Kellnerin Anna L. aus der Brangelstraße unterhielt seit ungefähr einem Jahre ein Liebesverhältnis mit einem jungen Mann, das sie vor einigen Wochen aufgab, nachdem sie wahrgenommen hatte, daß ihr Geliebter zur niedrigsten Menschenklasse herabgesunken war. Der Bursche gab sich aber

damit nicht zufrieden, weil er auf die Tasche des Mädchens spekulierte. Am Sonntag Abend bei Geschäftsabschluss lauterte er diesem auf und verlegte ihm, als seine Bemühungen, wieder anzuknüpfen, ohne Erfolg blieben, mit einem stumpfen Werkzeug einen Schlag ins Gesicht, der die Oberlippe zerriß und den Oberkiefer zertrümmerte. Die Schwerverletzte mußte zu einem Arzt gebracht werden.

Tödtlicher Unfall. Im Kaiser und Kaiserin Friedrich-Kinder-Krankenhaus brach am Montag eine Diakonissa beim Reinigen der Oberlicht-Fenster des Operationssaales mit einer Glasplatte durch, stürzte in den Raum hinab und starb bald darauf infolge eines Schädelbruchs.

Vermisst wurde seit dem 19. d. M. der 44jährige Arbeiter Robert Hefner aus der Brangelstr. 51. Jetzt hat ihn der Hausverwalter, der endlich die Wohnung öffnete, dort an der Thür erhängt aufgefunden. Die Leiche muß hier schon mehrere Tage geblieben haben.

Mit schweren Verletzungen am Kopfe wurde gestern Nachmittag in der Potsdamerstraße ein etwa 12jähriger Knabe bewußlos aufgefunden. Der Kleine, der in einem Hausflur in einer Blutlache lag, erhielt zunächst einen Nothverband und wurde dann mittels Droschke nach einem Krankenhaus überführt.

Todt aufgefunden wurde in einem Hotel zu Jauer der Schuh- und Schäftefabrikant Robert Zeitow aus Berlin, der dort seine Kundschaft besucht hatte. Er wurde angeblich in sehr guten pekuniären Verhältnissen lebte, hatte sich an dem im Zimmer befindlichen Ofen erhängt. Außer verschiedenen Werthsachen wurden bei dem Selbstmörder noch 200 M. in Baar aufgefunden.

Polizeibericht. Am 23. d. M. morgens versuchte ein Kaufmann in seiner Wohnung in der Birkenstraße sich durch einen Schuß in die Brust zu tödten. Er wurde noch lebend ins Krankenhaus gebracht. — Vormittags wurde ein Arbeiter auf dem Boden eines Hauses in der Schönhauser Allee und ein anderer in seiner Wohnung in der Brangelstraße erhängt vorgefunden. — Im Lustgarten fiel ein Arbeiter in Krämpfen zu Boden und zog sich erhebliche Verletzungen am Kopfe zu. — In der Potsdamerstraße fuhr gegen Abend ein Fuhrherr mit seinem Arbeitswagen gegen einen von einem Arbeitergeführten Handwagen, dessen Weichsel dabei zerbrach. Das abgebrochene Stück wurde dem Knaben gegen den Kopf geschleudert und verletzte ihn bedeutend. — In der Nacht zum 24. d. M. sprang ein Handelsmann an der Badbrücke in die Panke, wurde jedoch, anscheinend ohne Schaden genommen zu haben, herausgezogen. — Im Laufe des Tages fanden sieben unbedeutende Feuer statt.

Witterungsüberblick vom 24. September 1895.

Stationen.	Barometerstand in mm. reduziert auf d. Meeressp.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1—12)	Wetter.	Temperatur nach Celsius (90° F.)
Swinemünde	769	SW	1	wollenlos	10
Hamburg	770	W	2	wollenlos	12
Berlin	770	Still	—	wollenlos	12
Bresbaden	771	Still	—	wollenlos	12
München	773	Still	—	wollenlos	12
Wien	773	Still	—	Nebel	6
Saparanda	786	SW	4	wollenlos	7
Peterburg	787	SWW	1	wollenlos	—
Cork	765	SW	3	wolkig	16
Aberdin	767	W	1	heiter	12
Paris	769	S	1	wollenlos	15

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 25. Sept. 1895.
Trockenes; meistens heiteres Wetter mit schwachen südlichen Winden und hoher Tagestemperatur.
Berliner Wetterbureau.

Kunst und Wissenschaft.

In Dresden tagt gegenwärtig ein internationaler literarischer Kongreß. In der am Montag Vormittag unter dem Vorhine Bonillet's - Paris begonnenen Verhandlungen erregten die Mittheilungen der Vertreter der der literarischen Konvention noch nicht beigetretenen Länder Oesterreich-Ungarn, Dänemark, Schweden und Norwegen besonderes Interesse. Nach dem Berichte Bannois' über das Urheberrecht an Kunstwerken wurde folgender Antrag angenommen: Die Entäußerung eines Kunstwerkes an sich soll nicht die Entäußerung des ausschließlichen Nachbildungsrechtes in sich schließen, in dieser Hinsicht bleibt das Eigentumsrecht des Künstlers am Kunstwerke bestehen. Es ist wünschenswerth, daß in allen Unionstaaten dieser Punkt eine gleichmäßige Lösung finde. Daran schlossen sich weitere Berichte über das Urheberrecht in Mittel- und Südamerika, sowie über die Verhältnisse in Oesterreich-Ungarn.

Auf dem Kongreß sprachen nachmittags Halberpine-Raminsky und der russische Staatsrath Jssakow über den Anschluß Rußlands an die Konvention, welche erfolgen soll, wenn Rußland seine innere Gesetzgebung auf diesem Gebiete geordnet habe. Professor Döpp und Doehl sprachen über den Anschluß Dänemarks und Norwegens und stellten denselben in Aussicht. Vermina-Paris referirte über die Schaffung eines universellen Katalogs sämmtlicher geistigen Erzeugnisse. Hierauf wurde die Sitzung am morgen vertagt.

Gerichts-Beitung.

Der Staatsanwalt, die Ruhe des Hof-Schauspielers und das öffentliche Interesse. In eine Ungeheuerstrafe von 50 M. wurde gestern der Rechtsanwalt Jonas durch Beschluß der 188. Abtheilung des Schöffengerichts genommen. Der Genannte verteidigte eine Frau Schmidt, welche der Beleidigung des Hof-Schauspielers Hofbaur beschuldigt war. Der Ruhe der Angeklagten hatte trotz wiederholter Verwarnung die Anbe des Herrn Hofbaur dadurch geföhrt, daß er unausgeseht mit seiner Peitche knallte. Herr Hofbaur hatte den Zungen darauf geschüttelt, die Mutter des Knaben hatte dann ihrem Mergen gegen Herrn Hofbaur in beleidigender Weise Luft gemacht. Die Verfolgung dieser an sich höchst nebensächlichen Sache erschien dem Staatsanwalt im öffentlichen Interesse gelegen und er hatte demzufolge von Amts wegen eine Anklage gegen die arme Frau Schmidt eingeleitet!!!

Der Verteidiger gab natürlich seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß in der vorliegenden Bagatellsache die Staatsanwaltschaft ein öffentliches Interesse für vorliegend erachtet hatte und gegen die Angeklagte eingeschritten sei, anstatt Herrn Hofbaur auf den Weg der Privatklage zu verweisen, wie es in anderen viel schwerer liegenden Fällen geschehen sei, beispielsweise in einem Falle, als ein Rechtsanwalt während der Verhandlung in ehrverletzender Weise von einem Zeugen angegriffen worden sei. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft bestritt, daß dem Verteidiger ein Recht zu stehe, die Amtshandlungen der Staatsanwaltschaft in solcher Weise zu kritisiren; der Verteidiger beharrte auf seinem Standpunkt auch dem Vorstehenden gegenüber und so kam es zu ziemlich lebhaften Auseinandersetzungen. Der Gerichtshof erblickte in dem Verhalten des Verteidigers eine Ungeheuer, die wie oben erwähnt mit 50 M. geahndet wurde. Die Angeklagte wurde zu 30 M. Geldstrafe verurtheilt.

Das Schwurgericht hiesigen Landgerichts I verhandelte eine Anklage wegen Münzverbrechens. Auf der Anklagebank saßen: 1. Der Schlosser Paul Friedrich Wilhelm Lorenz; 2. der Arbeiter August Leopold Szameit; 3. der Schraubendreher Richard Tolsdorf; 4. der Arbeiter Wilhelm Christall; 5. der Schraubendreher Richard Lösch und 6. das Dienstmädchen Elisabeth Szameit. Sie wurden beschuldigt, falsche Ein- und Zweimarckstücke, sowie Thalerstücke angefertigt und in den Verkehr gebracht zu haben. Lorenz stand schon vor einiger Zeit in dem Verdacht des Münzverbrechens, es gelang aber nicht, ihn zu überführen; er konnte vielmehr nur wegen Veräußerung falschen Geldes zu fünf Monaten Gefängniß verurtheilt werden. Nach seiner Abführung in das Gefängniß erhaltete die sechste Angeklagte eine Anzeige, die den damals erhobenen Verdacht durchaus bestätigte. Die Elisabeth Szameit hatte Kenntniß davon, daß in ihrer mit ihrem Bruder getheilten Wohnung ein geheimnißvolles Treiben sich entwickelte; die Untersuchung hat ergeben, daß dort allerdings das falsche Geld fabrizirt wurde, es konnte aber gleichzeitig festgestellt werden, daß die Elisabeth Szameit weder mitgeholfen hat, die Falschstücke durch Veräußerung bei Kleinhändlern, Budikern, Wädem u. s. w. in Verkehr zu bringen. — Die Verhandlung, welche unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfand, endete damit, daß die Angeklagten Lorenz und Szameit zu je 4 Jahren Zuchthaus, Tolsdorf und Christall zu je 2 Jahren Gefängniß, Lösch zu 1 Monat und die Szameit zu 1 Jahr Gefängniß verurtheilt wurde.

Verhandlungen.

Lohnbewegung der Pauer. Ueber 500 Pauer waren in der öffentlichen Versammlung am Montag Abend im Louisenstädtischen Konzerthaus versammelt und immer noch strömten neue Massen hinzu, so daß bei Eröffnung der Saal kaum in den Stande war, alle zu fassen. Bereits vor ihrer Eröffnung bot die Versammlung ein äußerst lebhaftes Bild emsiger Geschäftigkeit. Es galt die sofortige Ausfüllung der eben eingehändigten Fragebogen, deren Gesamtresultat einen genaueren Ueberblick über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf den Bauten gewähren soll. Bei Eröffnung der Versammlung waren nach der Einleitung Dähne's Mittheilungen von 2 Bauten eingegangen, auf denen Lohnzahlungen unter 7 M. Tagesberechnung ausgezahlt worden sind. Nach den während der Tagung der Versammlung eingegangenen ausgefüllten Fragebogen waren es zum Schluß 58 Mittheilungen über Bauten, wo unter 7 M. bis herab zu 4 M. gezahlt werden. In der mehrstündigen recht regen Debatte, in der ja auch theilweise Abweichungen von der direkten Tagesfrage nicht ausblieben, wurde immer wieder von neuem betont, daß es auf dem gegenwärtigen Wege nun und nimmermehr weiter gehen könne. Alle gaben sich das Gelübde, fest und einig zusammenzutreten um die, in der in voriger Versammlung angenommenen Resolution niedergelegten Forderungen: neunstündige Arbeitszeit und eine Abchlagsamme von 7 M. täglich, die allwöchentlich zur Auszahlung gelangen muß, strikte durchzuführen. Von seiten einiger Kollegen kam der Vorschlag, sofort das ganze Akkordsystem abzuschaffen und dafür die neunstündige Arbeitszeit, 7 M. täglich Lohn und selbstverständlich wöchentliche Lohnzahlung zu verlangen. Nach längerer Debatte stellte sich die Versammlung einstimmig auf den Boden der Resolution, die vor 8 Tagen in der öffentlichen Versammlung gefaßt wurde, verpflichtete sämmtliche Kollegen auf Bauten, auf denen die gestellten Forderungen nicht zutreffen, sofort anderen Tags an ihre Unternehmer heranzutreten, und das Ergebnis dieser Unterhandlungen schleunigst der zu wählenden Fünf-Männer-Kommission zu eventuell nachweislich werdenden weiteren Schritten zu unterbreiten. Ueberall, wo auf dem Wege der Unterhandlung die geforderten 7 M. nicht zu erzielen sind, haben die Kollegen die Arbeit zu verlassen.

Man ging sofort an die Einsetzung der Fünfer-Kommission durch Ernennung der Kollegen: Vogel, Herrmann Neumann, Nitsche, August Neumann und Staats, beauftragte dieselben mit der Leitung der Lohnbewegung und den dazu erforderlichen Arbeiten, bestimmte Köllig's Lokal, Neue Friedrichstraße 44, als Ort für den Sitz der Fünfer-Kommission, wohin alle Mittheilungen sofort auf dem schnellsten Wege zu richten sind, und wo sich täglich vormittags 10 Uhr alle arbeitslosen und ausständigen Kollegen zu versammeln haben. Es gilt hier angesichts der günstigen Situation schleuniges, energisches, thätkräftiges Handeln, dann ist bestimmt in ganz kurzer Zeit der Erfolg gesichert.

Die Lohnkommission der Vergolder hatte am Montag Abend eine öffentliche Versammlung einberufen, in der ein Situationsbericht über den Streik gegeben wurde. Die Lage ist, wie Schorre ansahre, noch unverändert; rund 400 Streikende stehen den Fabrikanten gegenüber, die jedwede Verhandlung mit der Kommission ablehnen. Sie sind der Einladung zu einer Versprechung am Sonnabend Abend wiederum nicht gefolgt. Der Redner empfiehlt auszuharren und sich auf keinen Fall in Unterhandlungen ohne Mitwirkung der Lohnkommission einzulassen. (Beifall). Zu der Diskussion wurde von einem Redner die Ansicht vertreten, daß es ratsamer sei, statt des Minimallohnes einen prozentualen Aufschlag auf die Akkordarbeit zu fordern, dafür würden die Fabrikanten leichter zu haben sein. Spätere, Marx, Berndt und andere traten entschieden für Ausrechterhaltung der alten Forderung ein. Die Versammlung beschloß demgemäß. In einer Resolution wurde der Lohnkommission Vollmacht gegeben, einen ihr gut dänkenden Vergleich mit den Fabrikanten anzubahnen. Die andere mit großer Mehrheit angenommene Resolution lautet: Da mit den Fabrikanten bisher keine Einigung zu erzielen war, indem dieselben jede Unterhandlung mit der Lohnkommission ablehnen, beschließt die Versammlung das Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts zur Vermittelung zwischen den Fabrikanten und den Streikenden anzurufen. — Es wurde noch bekannt gegeben, daß die Streikenden der Kommission Lohnbücher zur Verfügung stellen sollen, damit dieselbe bei den Verhandlungen vor dem Einigungsamt statistische Unterlagen hat. Nach einigen weiteren Bekanntmachungen wurde die von 500 Personen besuchte Versammlung geschlossen.

Kandemannschaft der Schleswig-Holsteiner zu Berlin. Mittwoch, den 25. September, abends 8½ Uhr, Sitzung im Vereinslokal, Kommandanten-Garten, Kommandantenstr. 19/21.
Arbeiter-Gildungsfeier. Mittwoch, abends 7—8½ Uhr: Festliche 8½—10½ Uhr: Verbleibe. — Mitternachtsfeier: Nationalökonomie. (Die Grundformen der Konsumtion; Entwicklung der Maschinen und die nächsten Wirkungen des maschinenmäßigen Betriebes auf die Arbeiter.) Siederschuß, Waldemarstraße Nr. 11: Besichtigung. (Kafarismus im alten Rom, Entstehung des Christenthums, unchristliche Kommunismen.) Bei allen Unterhaltungen werden Damen und Herren jederzeit aufgenommen.
Arbeiter-Handelbund Berlin und Umgebung. Mittwoch: 8½—10½ Uhr: Verbleibe. — 10—11 Uhr: „Gemüthlichkeit“, Weinstraßstraße 18 bei Hermann. — „Sumatra 80“, Regimentsstr. 18 bei Müller. — „Waldesruh“, Forsterstr. 19 bei Krüger. — „Gemüthlichkeit II“, Kappelerstr. 171 bei Schmidt. — „Lächlich“, Weidenstr. Charlottenburgerstraße 40 bei Jürging.
Berliner Radfahrer-Genossenschaft „Solbatt“, abends 9 Uhr, im Restaurant Roll, Waldemarstraße 61: Mitgliederversammlung. — „Kette und Plekturklub“, Mittwoch, Johann Jacoby, bei Fritz Siegel, Schwedterstraße 28. — „Gewandbrüder“, abends 8½ Uhr, bei Hoyerland, Weidemannstr. 87. — „Leichtes“, abends 8½ Uhr bei Steadim, Ritterstraße 129. — „Heine, Rixdorf, abends 8½ Uhr, Weidemannstr. 80. — „Einigkeit“, abends 8½ Uhr bei Zeig, Zeigstr. 1. — Theater- und Pötelklub Morgenroth, abends 8½ Uhr, im Restaurant, Fiedl, Fiedlstr. 67.
Arbeiter-Sängerbund Berlin und Umgebung. Nachbesprechung Wolff Neumann, Weidemannstr. 2. Alle Verhandlungen im Vereinslokal, abends 8½ Uhr, im Restaurant, Weidemannstr. 87, v. 2. — Mittwoch, 18. September, abends 8½ Uhr, Aufnahme von Mitgliedern. — „Vereinstheater“, abends 8½ Uhr, bei Müller. — „Waldesruh“, abends 8½ Uhr, bei Hermann. — „Sumatra 80“, abends 8½ Uhr, bei Müller. — „Waldesruh“, Forsterstr. 19 bei Krüger. — „Gemüthlichkeit II“, Kappelerstr. 171 bei Schmidt. — „Lächlich“, Weidenstr. Charlottenburgerstraße 40 bei Jürging.

